

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

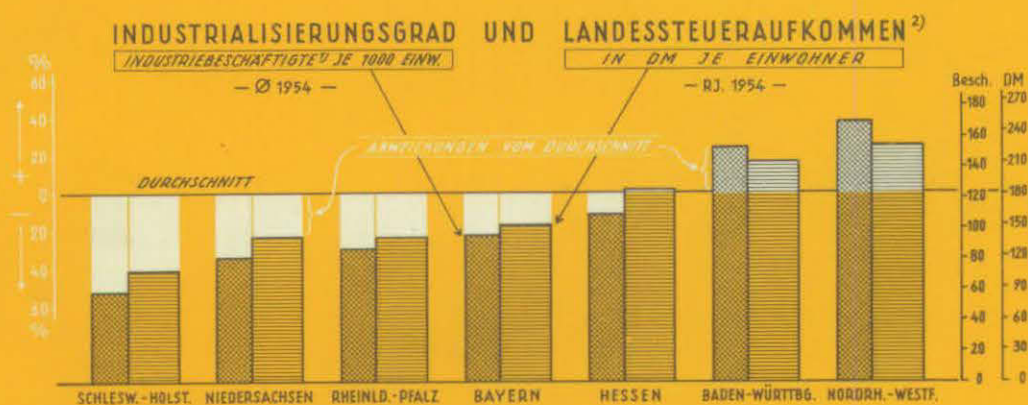
Januar 1956



8. Jahrgang · Heft 1

## INHALT

	Seite		Seite
Gesamtüberblick . . . . .	1	Kurzberichte	
Vorausberechnung 3 - Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis zum 1. 1. 1969 . . . . .	3	Der Anbau ausgewählter Fruchtarten auf dem Ackerland . . . . .	21
Straßenverkehrsunfälle 1954 . . . . .	7	Heiratshäufigkeit, Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der Vertriebenen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung . . . . .	22
Die öffentlichen Haushaltsrechnungen — Rechnungsjahr 1953 — . . . . .	15		
<i>Graphik des Monats</i> : „Die Bevölkerung der Bundesländer nach Altersgruppen“ nach Seite	16		
Tabellenteil . . . . .			24



<sup>1)</sup> ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft

<sup>2)</sup> Steuern, die den Ländern verbleiben, nach Abzug des Bundesanteils (50%) an der Einkommen- und Körperschaftsteuer

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

# DIE ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDESDURCHSCHNITT

- in % -

Bezeichnung	Jahreszahlen <sup>1)</sup>				Vierteljahreszahlen			Monatszahlen					
	1950	Zeit	1953	1954	1955	Zeit/ Stand	1953	1954	1955	1955			dagegen Okt. 1954
			b zw. 1953/54	b zw. 1954/55						Aug.	Sept.	Okt.	
Wanderung je 1 000 Einwohner (Mobilitätsziffer)	+ 53		+ 42	+ 32		April- Juni		+ 47	+ 33				
Vertriebene <sup>2)</sup> je 100 Einwohner	+ 95	Okt.- Sept.	+ 65	+ 60		30.9.	+ 68	+ 62	+ 58				
Schüler <sup>3)</sup> je 10 000 Einwohner (Stand jeweils 1.5.)	+ 20 <sup>a)</sup>		+ 23	+ 20									
Ständig Beschäftigte in der Landwirtschaft <sup>4)</sup> je 1 000 Einwohner	- 26 <sup>b)</sup>		- 10 <sup>c)</sup>	- 5 <sup>d)</sup>									
Beschäftigte in der Industrie <sup>2)</sup> je 1 000 Einwohner	- 59	Okt.- Sept.	- 53	- 51		Juli- Sept.	- 54	- 52	- 50	- 50	- 50	- 50	- 51
Industriearbeiter (männl. Facharbeiter)													
Wochenarbeitszeit	- 0,2 <sup>e)</sup>					Aug.	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,2				
Bruttostundenverdienst	- 6,0 <sup>e)</sup>					Aug.	- 4,4	- 3,4	- 3,5				
Bruttowochenverdienst	- 6,2 <sup>e)</sup>					Aug.	- 1,5	- 0,5	- 1,4				
Beschäftigte Arbeitnehmer je 1 000 Einwohner (Stand jeweils 31. 3.)	- 19,4		- 16,6	- 16,0	- 15,8								
Arbeitslose <sup>2)</sup> je 100 Arbeitnehmer	+ 145	Dez.- Nov.	+ 96	+ 122		Sept.- Nov.	+ 114	+ 119	+ 173	+ 154	+ 174	+ 187	+ 121
Dauerarbeitslose je 100 Arbeitnehmer (Stand jeweils 31. 8.)	+ 458		+ 241	+ 207	+ 272								
Pkw und Lkw Bestand (jeweils am 1. 7.) je 1 000 Einwohner	- 28		- 15	- 13	p - 10								
Zulassungen <sup>5)</sup> je 1 000 Einwohner	- 34	Nov.- Okt.	- 14	- 17	- 17 <sup>f)</sup>	Aug.- Okt.	- 15	- 10	- 18	- 12	- 16	- 25	- 15
Spareinlagen <sup>2)</sup> je Einwohner	- 38	Nov.- Okt.	- 31	- 32		Aug.- Okt.	- 33	- 31	- 32	- 32	- 32	- 31	- 30
Landessteuern <sup>6)</sup> je Einwohner	- 49	Sept.- Aug.	- 44	- 46		Juni- Aug.	- 50	- 44	- 48	- 48	- 49		
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital je Einwohner	- 37	Okt.- Sept.	- 42	- 42		Juli- Sept.	- 48	- 44	- 44				
Umsatzsteuer <sup>7)</sup> je Einwohner	- 34	Sept.- Aug.	- 36	- 38		Juni- Aug.	- 36	- 37	- 38	- 40	- 37		
In der offenen Fürsorge laufend unterstützte Personen <sup>8)</sup> je 100 Einwohner	+ 29		+ 45	+ 55		31.3.	+ 42	+ 48	+ 55				

1) Kursivzahlen = rollende Jahreszahlen 2) bei Jahres- und Vierteljahreszahlen 0 des angegebenen Zeitraumes 3) in allgemeinbildenden Schulen  
4) einschl. ständig beschäftigter Betriebsinhaber 5) fabrikneuer Fahrzeuge 6) einschl. Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaft-  
steuer 7) einschl. Umsatzausgleichsteuer 8) Bestand am Ende des angegebenen Zeitraumes  
a) 1951 b) Stand: 22.5.1949 c) Sommerhalbjahr 1953 d) Sommerhalbjahr 1954 e) Sept. 1950 f) 1. Halbjahr 1955



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Januar 1956



8. Jahrgang · Heft 1

## Gesamtüberblick



### WEITER NACHLASSENDER BEVÖLKERUNGSRÜCKGANG

Ende Oktober 1955 betrug die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins 2,282 Mio, darunter waren 27 % Vertriebene und 6 % Zugewanderte.

Im dritten Vierteljahr 1955 ging die Bevölkerungszahl um 5 900 Personen auf 2,284 Mio Ende September 1955 zurück. Im gleichen Vierteljahr des Vorjahres betrug der Rückgang infolge stärkerer Umsiedlung noch 10 600 Personen. Die Bevölkerungsabnahme von Juli bis September 1955 ergab sich aus einem Wanderungsverlust von 8 400 und einem Geburtenüberschuss von 2 500 Personen.



### SAISONALE ZUNAHME DER ARBEITSLOSIGKEIT

Zum Jahresende 1955 ist die Arbeitslosigkeit wieder stark gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit dem Tiefstand am 31. August 1955 nahezu verdoppelt und betrug am 31. Dezember 108 800. Damit ist die Arbeitslosenziffer von 7,1 auf 14,1 Arbeitslose je 100 Arbeitnehmer angestiegen; es wurden also von Ende August bis Ende Dezember zusätzlich 7 % aller Arbeitnehmer arbeitslos. Im Bundesdurchschnitt erhöhte sich die Arbeitslosenziffer in der gleichen Zeit von 2,7 auf 5,7. Trotz der verhältnismässig starken Zunahme lag die Zahl der Arbeitslosen Ende 1955 in Schleswig-Holstein um 4 200 (3,7 %) niedriger als Ende 1954.



### WENIGER BESCHÄFTIGTE IN INDUSTRIE UND BAUWIRTSCHAFT

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ist im Dezember aus saisona-

len Gründen um rund 3 000 auf 152 000 zurückgegangen. Der Umsatz hat dagegen – bedingt durch die Ablieferung grösserer Objekte des Maschinen- und Schiffbaus – um 52 Mio DM (14 %) zugenommen. Der Auslandsumsatz (44 Mio DM) hat sich gegenüber dem Vormonat mehr als verdoppelt.

In der Bauwirtschaft betrug der saisonbedingte Rückgang der Beschäftigtenzahl im Dezember rund 30 %. Auf Grund der zum Teil sehr ungünstigen Witterung lag die Beschäftigung am Jahresende 1955 mit 29 000 Beschäftigten niedriger als im Vorjahre (31 000).



### WENIGER MILCHKÜHE UND SCHWEINE

Anfang Dezember 1955 waren in Schleswig-Holstein knapp 429 000 Milchkühe vorhanden. Damit ist der Bestand gegenüber dem Vorjahr um 22 000 und gegenüber dem bisherigen Höchststand im Dezember 1953 um 33 000 Stück kleiner geworden.

Auch in der Schweinehaltung wurden Einschränkungen vorgenommen. Am 2.12.1955 gab es rund 110 000 Zuchtsauen gegenüber 118 000 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Gesamtzahl der Schweine hat sich um 1 % vermindert.



### ERHÖHTE EINZELHANDELSUMSÄTZE

Die Umsätze des gesamten Einzelhandels erhöhten sich im November gegenüber dem Vormonat um 4 % und erreichten einen Stand von 131 (Monatsdurchschnitt 1950 = 100). Im Vergleich zum November 1954 wurde eine wert- und mengenmässige Steigerung um 11 % erreicht.



## GESTIEGENE AUSFUHR

Im November wurden für fast 50 Mio DM Waren aus Schleswig-Holstein ausgeführt. Für die Zeit von Dezember 1954 bis zum November 1955 erhöhte sich der Wert der Ausfuhr um 13 % gegenüber der gleichen Zeit 1953/54. Bezieht man den Export von Schiffen nicht mit ein, so ergibt dieser Vergleich eine Zunahme um 9 %.

Aus West-Berlin wurden im November Waren für 5,3 Mio DM bezogen. Die Lieferungen dorthin hatten einen Wert von 29,1 Mio DM. In den 12 Monaten von Dezember 1954 bis November 1955 erhöhten sich die Bezüge gegenüber der gleichen Zeit 1953/54 um 58 % und die Lieferungen um 21 %.



## PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG FAST UNVERÄNDERT

Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg im Dezember – begründet durch leichte Preiserhöhungen einiger Nahrungsmittel – geringfügig an und erreichte einen Stand von 173,3 (1938 = 100). Er lag damit um 1,9 % höher als im Dezember 1954 und um 4,6 % höher als vor zwei Jahren.



## ANHALTENDER PREISANSTIEG IM WOHNUNGSBAU

Die Preisindexziffern für den Wohnungsbau haben sich von August bis November 1955 nochmals, wenn auch schwächer als in den beiden Vorvierteljahren, erhöht. Gegenüber November 1954 ist damit in Kiel eine Steigerung um 8 % auf 233,7 und in Lübeck um 7 % auf 228,6 (1936 = 100) eingetreten.

Im letzten Vierteljahr wurden insbesondere Erdabfuhr, Ziegeleierzeugnisse, Kalk, Elektriker-, Töpfer- und Tischlerarbeiten teurer, während Schnittholz erstmalig billiger wurde.



## MEHR STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE WENIGER UNFALLOPFER

Im Dezember 1955 wurden bei 1744 Strassenverkehrsunfällen 26 Personen getötet und 822 verletzt. Gegenüber dem Dezember 1954 nahm die Zahl der Unfälle um 6 % zu, während die der Verletzten um 2 % und die Zahl der tödlich Verunglückten von 45 auf 26 zurückging.



## LANDES- UND BUNDESSTEUER-AUFKOMMEN GESTIEGEN

Das Landessteueraufkommen im 2. Rechnungsvierteljahr 1955 betrug 87 Mio DM, das sind 1 % weniger als im 2. Rechnungsvierteljahr 1954. Je Einwohner berechnet kamen in Schleswig-Holstein 38 DM, im Bundesdurchschnitt dagegen 71 DM an Landessteuern auf.

Im Gegensatz zum Landessteueraufkommen erhöhte sich das der Bundessteuern. Es stieg gegenüber dem 2. Rechnungsvierteljahr 1954 um 21 % auf 197 Mio DM und erreichte damit das bisher höchste DM-Aufkommen innerhalb eines Vierteljahres. Trotzdem blieb das Aufkommen je Einwohner in Schleswig-Holstein mit 86 DM um 12 DM unter dem Bundesdurchschnitt.

Das gesamte Steueraufkommen<sup>1)</sup> in Schleswig-Holstein setzte sich im 2. Rechnungsvierteljahr 1955 wie folgt zusammen:

	Mio DM	%
Gemeindesteuern	45	14
Landessteuern	87	26
Bundessteuern <sup>1)</sup>	197	60
Insgesamt <sup>1)</sup>	329	100



## FÜRSORGEBELASTUNG GESUNKEN

Im 2. Rechnungsvierteljahr 1955 wurden für die öffentliche Fürsorge insgesamt fast 16 Mio DM aufgewandt, das sind 6 % weniger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die Belastung je Einwohner betrug 6,98 DM gegenüber 7,33 DM im 2. Rechnungsvierteljahr 1954.

Von dem Gesamtaufwand entfielen auf

Offene Fürsorge	8,3 Mio DM
Geschlossene Fürsorge	6,8 "
Sonstige Leistungen <sup>2)</sup>	0,9 "

Am 30.9.1955 wurden in der offenen Fürsorge 42 300 Parteien und 61 700 Personen laufend unterstützt, das sind 11,2 bzw. 12,7 % weniger als am 30.9.1954.



## ERHÖHTE GRUNDSTÜCKSBELASTUNGEN

Im 3. Vierteljahr 1955 wurden Grundpfandrechte in Höhe von 145 Mio DM neu eingetragen. Diese Summe übertrifft das Ergebnis des 3. Quartals 1954 um 17 %.

31 Mio DM = 21 % aller Neubelastungen entfielen auf landwirtschaftlichen Grundbesitz. Diese Neuverschuldung des landwirtschaftlichen Grundvermögens war um 17 % geringer als im vorhergehenden Vierteljahr, aber um 77 % höher als im 3. Quartal 1954.

## 58 INSOLVENZEN IM 4. VIERTELJAHR 1955

Im 4. Vierteljahr 1955 wurden in Schleswig-Holstein 47 Konkurse und 11 Vergleichsverfahren gemeldet; darunter 17 Konkurse und 7 Vergleichsverfahren im Einzelhandel. Gegenüber dem 4. Quartal 1954 ist die Zahl der Konkurse um 14 zurückgegangen.

1) einschl. der Steuereinnahmen der Bundesmonopolverwaltung aus Branntweinverkäufen, ohne 19 Mio DM an Lastenausgleichsabgaben

2) Entlassungsgelder und Übergangsbeihilfen an Heimkehrer, Krankenversorgung der Unterhaltshilfeempfänger, Kosten der Fürsorgeerziehung



# Vorausberechnung 3<sup>1)</sup> — Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis zum 1. 1. 1969

Die vorliegende Bevölkerungsvorausberechnung darf nicht als Prophezeiung angesehen werden, denn die Zukunft kennt niemand. Die Berechnung vermag nur anzugeben, wie sich die Bevölkerung voraussichtlich unter ganz bestimmten Annahmen, die nach Möglichkeit wirklichkeitsnah sein sollen, über die zukünftigen Geburten, Sterbefälle und Wanderungen entwickeln wird. Ändert sich eine Voraussetzung, so werden die berechneten Zahlen von den tatsächlichen abweichen<sup>2)</sup>. Um der Verwaltung jedoch für langfristige Planungen die Grundrichtung der künftigen Bevölkerungsentwicklung aufzuzeigen, wurde es trotz aller Problematik gewagt, diese Vorausberechnung durchzuführen.

## 1. Ergebnisse

Voraussichtlich rund 2,2 Mio Einwohner  
in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein werden nach Abschluss der Umsiedlung rund 2,23 Mio Menschen leben. Diese Bevölkerung wird

im kommenden Jahrzehnt infolge des Geburtenüberschusses langsam bis auf rund 2,24 Mio anwachsen. Nach 1969 ist mit einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu rechnen, weil besonders stark besetzte Geburtsjahrgänge — die Jahrgänge von Anfang dieses Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg — das Alter hoher Sterbenswahrscheinlichkeiten erreichen werden.

So glatt und ohne Schwankungen, wie die Tabelle 1 zeigt, wird allerdings die tatsächliche Entwicklung der Bevölkerung kaum verlaufen. Ein "Grippejahr" z. B. kann die Zahl der Sterbefälle hochschnellen lassen und damit die Bevölkerung negativ beeinflussen. Der wesentlichste Unsicherheitsfaktor — insbesondere für Schleswig-Holstein — bleibt jedoch die Wanderungsbewegung. Die in der vorliegenden Berechnung gemachte Annahme, dass sich nach Beendigung der Umsiedlung in der freien Wanderung für Schleswig-Holstein Zuzüge und Fortzüge ausgleichen werden<sup>3)</sup>, ist zwar "theoretisch", musste aber angesetzt werden, weil niemand eine genaue Vorstellung von dem weiteren Wanderungsverlauf haben kann. Die vorausberechneten Bevölkerungszah-

Tab. 1 Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis Anfang 1969

Jahr <sup>1)</sup>	Gesamtbevölkerung		davon			
			männliche		weibliche	
	Bevölkerung					
	in 1 000 Personen	Messziffer 1954 = 100	in 1 000 Personen	Messziffer 1954 = 100	in 1 000 Personen	Messziffer 1954 = 100
1954 <sup>2)</sup>	2 345	100	1 088	100	1 256	100
1955 <sup>2)</sup>	2 304	98,2	1 070	98,3	1 233	98,2
1957	2 237	95,4	1 041	95,6	1 196	95,2
1959	2 225	94,9	1 037	95,3	1 188	94,6
1961	2 229	95,1	1 041	95,6	1 188	94,6
1963	2 232	95,2	1 045	96,0	1 188	94,5
1965	2 235	95,3	1 048	96,3	1 187	94,5
1967	2 235	95,3	1 051	96,6	1 184	94,3
1969	2 234	95,3	1 053	96,7	1 181	94,0

1) Stichtag jeweils 1. Januar

2) tatsächliche Ergebnisse

len müssten, wenn Anhaltspunkte über die Höhe der zu erwartenden freien Wanderung vorliegen, entsprechend abgewandelt werden.

Männermangel wird geringer,  
aber nicht vollständig aufgehoben

Anfang 1954 lebten 15 % mehr Frauen als Männer in Schleswig-Holstein. Dieses anomale Zahlenverhältnis zwischen der männlichen und weiblichen Bevölkerung ist vor allem auf die hohen Kriegsverluste an Männern in zwei Weltkriegen zurückzuführen. Auch 1969 werden noch auf 100 Männer 112 Frauen kommen. Allerdings wird sich dieser Überschuss an Frauen immer stärker auf die älteren Jahrgänge verlagern; für die jüngeren Jahrgänge wird es sogar einen geringen

1) In Vorausberechnung 2 wurde über die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter berichtet (siehe Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, September 1955, Heft 9, Seite 303)

2) Bereits für 1956 wird die errechnete Bevölkerung kleiner sein als die tatsächliche, weil die Abwanderung für 1955 — insbesondere die Umsiedlung — nicht die Höhe, die in der Berechnung angenommen wurde, erreichte.

Tab. 2 Der voraussichtliche Männer- bzw. Frauenmangel in den einzelnen Altersgruppen bis Anfang 1969

Altersgruppen	1954 <sup>1)2)</sup>	1960 <sup>1)</sup>	1965 <sup>1)</sup>	1969 <sup>1)</sup>
	Frauen je 100 Männer			
0 bis unter 15 Jahre	95	95	94	95
15 " " 20 "	97	96	96	94
20 " " 30 "	115	98	97	97
30 " " 40 "	145	130	108	100
40 " " 50 "	126	142	146	136
50 " " 60 "	123	121	135	145
60 " " 65 "	133	134	121	128
65 und älter	124	134	140	138
insgesamt	115	114	113	112

1) Stichtag jeweils 1. Januar 2) tatsächliche Ergebnisse

3) Siehe auch die Ausführungen über die Methode im Teil 2 dieser Arbeit

Frauenmangel geben. Die Heiratsaussichten für die Mädchen werden auf jeden Fall günstiger.

Nur geringe Veränderung des Grössenverhältnisses der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter

Sowohl die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65jährige) als auch die Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter (unter 15jährige; 65jährige und Ältere) wird bis 1969 kleiner werden (von Anfang 1954 aus um 3,8 bzw. 6,5 %). Das Verhältnis zwischen diesen beiden grossen Gruppen wird sich aber nur wenig verschieben. Rund zwei Drittel der Bevölkerung kann man in allen Jahren zu den 15- bis unter 65jährigen zählen.

Dieses Ergebnis täuscht insofern, als sich die Zusammensetzung innerhalb der Gruppen von 1954 bis 1969 erheblich

Tab. 3 Die Bevölkerung im erwerbsfähigen und im nichterwerbsfähigen Alter

Jahr <sup>1)</sup>	Auf 100 Personen der Gesamtbevölkerung kommen ... Personen im	
	erwerbsfähigen Alter	nicht-erwerbsfähigen Alter
1954 <sup>2)</sup>	65	35
1960	67	33
1965	66	34
1969	66	34

1) Stichtag jeweils 1. Januar 2) tatsächliche Ergebnisse

Der Anteil der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung - absolut in 1 000 Personen -

Tab. 4

Altersgruppen in Jahren	1954 <sup>1)2)</sup>	1955 <sup>2)</sup>	1957	1959	1961	1963	1965	1967	1969
Gesamtbevölkerung									
0 bis unter 15	556	524	471	454	457	459	456	455	457
15 " " 65 <sup>3)</sup>	1 523	1 512	1 495	1 497	1 492	1 487	1 485	1 477	1 466
65 und älter	265	268	270	274	280	287	294	303	311
insgesamt	2 345	2 304	2 237	2 225	2 229	2 232	2 235	2 235	2 234
männliche Bevölkerung									
0 bis unter 15	285	268	242	233	235	236	235	234	235
15 " " 65 <sup>3)</sup>	685	683	681	686	687	688	691	690	687
65 und älter	118	119	118	118	119	120	123	127	131
insgesamt	1 088	1 070	1 041	1 037	1 041	1 045	1 048	1 051	1 053
weibliche Bevölkerung									
0 bis unter 15	271	255	230	221	222	223	222	221	222
15 " " 65 <sup>3)</sup>	838	829	814	811	805	798	794	787	778
65 und älter	147	149	152	156	161	167	172	176	180
insgesamt	1 256	1 233	1 196	1 188	1 188	1 188	1 187	1 184	1 181

- in % -

Gesamtbevölkerung									
0 bis unter 15	23,7	22,7	21,1	20,4	20,5	20,6	20,4	20,4	20,5
15 " " 65	65,0	65,6	66,8	67,3	66,9	66,6	66,4	66,1	65,6
65 und älter	11,3	11,6	12,1	12,3	12,6	12,8	13,2	13,5	13,9
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
männliche Bevölkerung									
0 bis unter 15	26,2	25,1	23,2	22,5	22,6	22,6	22,4	22,3	22,3
15 " " 65	62,9	63,8	65,4	66,1	66,0	65,9	65,9	65,7	65,3
65 und älter	10,9	11,1	11,3	11,4	11,4	11,5	11,7	12,1	12,4
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
weibliche Bevölkerung									
0 bis unter 15	21,6	20,7	19,2	18,6	18,7	18,8	18,7	18,7	18,8
15 " " 65	66,7	67,2	68,1	68,3	67,7	67,2	66,9	66,5	65,9
65 und älter	11,7	12,1	12,7	13,1	13,6	14,0	14,5	14,9	15,3
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Stichtag jeweils 1. Januar 2) tatsächliche Ergebnisse 3) Weitere Aufgliederung der 15- bis unter 65jährigen siehe in der Vorausberechnung 2



verändern wird<sup>4)</sup>. Bei der Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter verschiebt sich – wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird – das Verhältnis zwischen den nicht mehr Erwerbsfähigen und den noch nicht Erwerbsfähigen.

Starkes Anwachsen der 65 und mehr Jahre alten Bevölkerung, Abnahme des Nachwuchses

Die 65 und mehr Jahre alten Personen weisen einen steten Zuwachs auf; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird von 11,3 % für Anfang 1954 bis auf 13,9 % für Anfang 1969 (siehe Tabelle 4) ansteigen; 1950 waren es 9,8 %. Die Ursache für diese Entwicklung ist vor allem darin zu suchen, dass die Fortschritte in der Medizin und die Verbesserungen der allgemeinen Lebensbedingungen in den letzten Jahrzehnten zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Lebensdauer der Menschen führte. Mehr Menschen erreichen heute ein hohes Lebensalter. Der Anteil der höheren Altersjahre an der Gesamtbevölkerung wird ausserdem dadurch verstärkt, dass die jüngeren Altersgruppen durch die Abnahme der Geburtenhäufigkeit – die sinkende Säuglingssterblichkeit genügt nicht, um diese auszugleichen – an Umfang verloren haben und dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter durch die Kriegsverluste vermindert worden ist. Auch die in den letzten Jahren überdurchschnittliche Abwanderung besonders leistungsfähiger Jahrgänge aus Schleswig-Holstein spielt bei dieser Entwicklung eine Rolle.

Es wird aber wesentlich mehr ältere Frauen als Männer geben. Die Zahl der Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren wird von 147 043 für Anfang 1954 auf rund 180 000 für Anfang 1969 anwachsen, die Zahl der Männer von 118 301 auf rund 131 000. Der Zuwachs der weiblichen Bevölkerung dieser Altersgruppe beträgt damit rund 23 %, bei den Männern jedoch nur rund 10 %. Aus zwei Gründen ist diese unterschiedliche Entwicklung zu verstehen: Einmal erreichen die Frauen im Durchschnitt ein höheres Lebensalter, zum anderen werden in den kommenden Jahren bei den Männern die Altersjahrgänge das 65. Lebensjahr überschreiten, aus denen sich die Kriegsteilnehmer 1914/18 vorwiegend zusammensetzen.

Die voraussichtliche altersmässige Zusammensetzung der nichterwerbsfähigen Bevölkerung  
Tab. 5

Jahr <sup>1)</sup>	Von den nichterwerbsfähigen Personen sind ... %	
	Kinder unter 15 Jahren	alte Leute von 65 Jahren und darüber
1954 <sup>2)</sup>	68	32
1960	62	38
1965	61	39
1969	60	40

1) Stichtag jeweils 1. Januar 2) tatsächliche Ergebnisse

Die zweite Gruppe der nichterwerbsfähigen Bevölkerung, die die unter 15jährigen umfasst, wird sich genau entgegengesetzt entwickeln: sie wird im Laufe der nächsten 15 Jahre – von Anfang 1954 aus gesehen – um rund 18 % abnehmen<sup>5)</sup>;

4) Einzelheiten über die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter siehe Vorausberechnung 2, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, a.a.O.

5) Es muss darauf hingewiesen werden, dass sich diese Altersgruppe besonders schwierig vorausberechnen lässt, weil z.T. mit Geburtsjahrgängen gearbeitet werden muss, die noch gar nicht bestehen.

das sind ungefähr 100 000 Personen, die als Nachwuchs<sup>6)</sup> für das Berufsleben ausfallen werden. Knapp die Hälfte davon sind Mädchen.

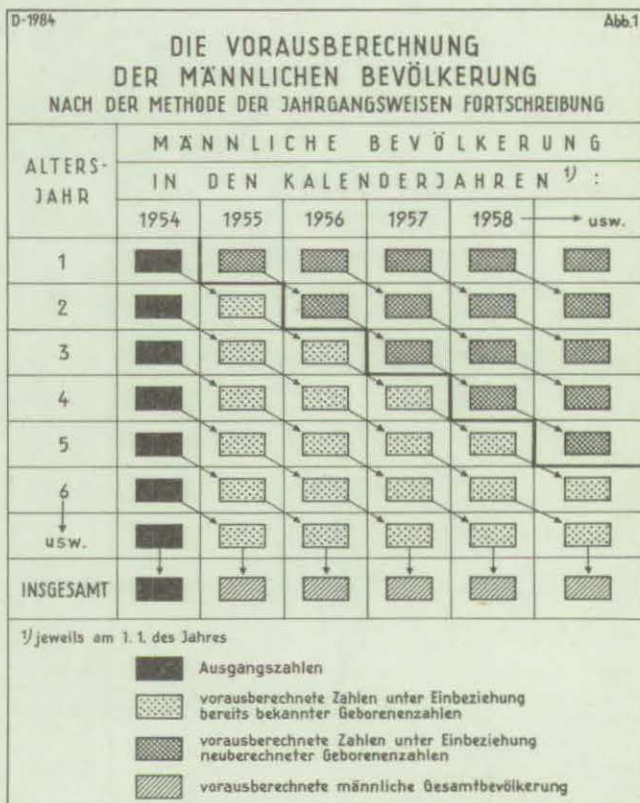
#### Weiterhin zerklüftete Alterspyramide

Wie stark sich die Altersgliederung bereits im Laufe von 10 Jahren verändert, macht ein Vergleich der Alterspyramide von 1955 mit der von 1965 deutlich. Die Abb. 2 auf Seite 6 zeigt, dass weder der Altersaufbau von 1955 noch der von 1965 eine als ideal anzusehende Pyramidenform aufweist. Beide Alterspyramiden sind stark zerklüftet. Dieser anomale Altersaufbau ist eine Folge der Verluste aus beiden Weltkriegen und des Geburtenausfalls infolge der Kriege und der Weltwirtschaftskrise. An der Alterspyramide für 1965 sieht man, dass sich die tiefen Einkerbungen etwas nach oben verlagern und dort wegen der grösseren Sterblichkeit abgeschwächt werden. Der Unterbau dieser Pyramide – gebildet aus den zukünftigen Geburtsjahrgängen ist verhältnismässig schmal. Er trägt die Merkmale einer schrumpfenden Bevölkerung.

#### 2. Zur Methode<sup>7)</sup>

Für die Berechnung der zukünftigen Bevölkerung Schleswig-Holsteins wurde die "Methode der jahrgangsweisen Fortschreibung" angewandt. Nach dieser Methode wird die Gesamtbevölkerung nach dem Geschlecht und den Altersjahren aufgegliedert. Die Vorausberechnung wird für jedes einzelne Altersjahr gesondert durchgeführt (siehe Abb. unten). Dabei werden Annahmen über die zu erwartende Sterblichkeit, über die zu erwartende Geburtenhäufigkeit und über die zukünftige Wanderungsbewegung gemacht.

Die Grundlage der vorliegenden Arbeit sind die Ergebnisse

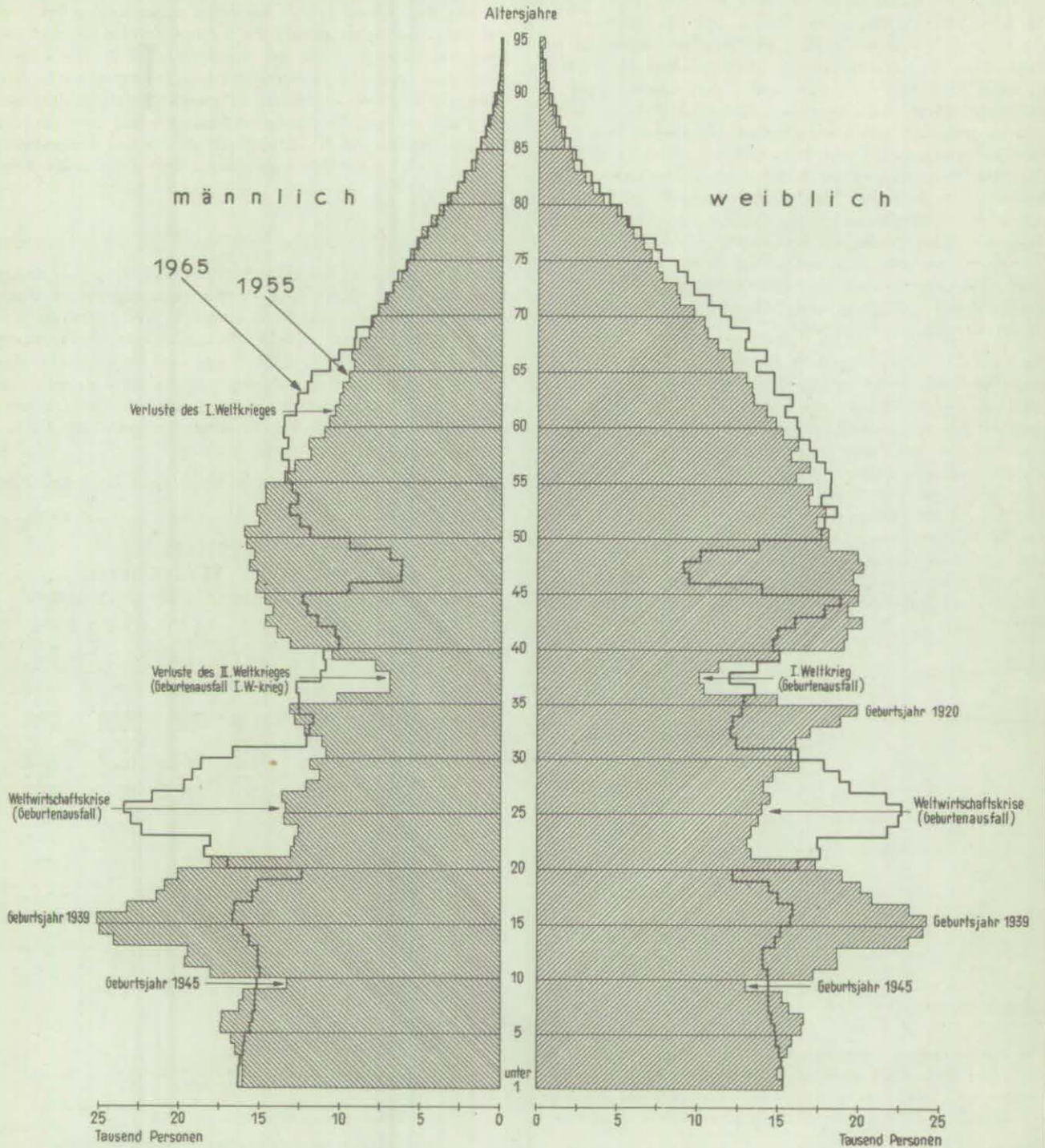


6) In der Vorausberechnung 1 wurde eingehend über die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen berichtet (siehe Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Februar 1955, Heft 2, Seite 57).

7) siehe auch die "Methodischen Vorbemerkungen" in Vorausberechnung 2, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, a.a.O.



### DER VORAUSSICHTLICHE ALTERSAUFBAU DER BEVÖLKERUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN ANFANG 1965 IM VERGLEICH ZUM ALTERSAUFBAU ANFANG 1955





der Volkszählung vom 13. September 1950. Die Vorausberechnung hat zum Ausgangspunkt den 1. Januar 1954. Sie stützt sich auf die Zahlen der in der "Bevölkerungsstatistik" bis zum 31. Dezember 1953 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung nach Altersjahren, Geburtsjahren und Geschlecht.

Für die Vorausberechnung der Sterbefälle wurde die "Allgemeine Sterbetafel 1949/51" der Bundesrepublik Deutschland zugrunde gelegt. Da die Sterbenswahrscheinlichkeiten für die einzelnen Altersjahre keine starren Grössen sind und sich im Laufe der Jahre verändern werden, wurden zwei Berechnungen über die zukünftigen Sterblichkeitsverhältnisse gemacht: eine unter optimistischen und eine unter pessimistischen Annahmen. Als optimistische Annahmen gelten niedrige Sterbenswahrscheinlichkeiten und als pessimistische hohe Sterbenswahrscheinlichkeiten.

Auch bei der Vorausberechnung der zukünftigen Geborenenzahlen wurde ähnlich verfahren. Die Berechnung auf Grund der optimistischen Annahmen über die Geburtenentwicklung ergab hohe Geborenenzahlen; die Berechnung nach pessimistischen Annahmen niedrige. Die Geborenenzahlen wurden mit Hilfe von altersgruppenspezifischen ehelichen und unehelichen Fruchtbarkeitsziffern errechnet.

Für die Bestimmung der in den kommenden Jahren zu erwartenden Wanderungsbewegung wurde für 1954 die tatsächliche Wanderung - deren Zahlen bereits vorlagen - angesetzt. Für die weiteren Jahre wurde als Mass der Abwanderung das am 1. Januar 1955 bestehende Umsiedlungskontingent von 87 491 Personen zugrunde gelegt. Es wurde angenommen, dass dieses Umsiedlungssoll bis 1957 erfüllt sein wird. Ab 1958 wurde - weil es keine Anhaltspunkte gibt - auf das Einsetzen neuer Wanderungszahlen verzichtet; von diesem Zeitpunkt ab soll es keine Umsiedlung mehr geben und es wurde angenommen, dass die freien Zu- und Fortzüge sich ausgleichen (Wanderungssaldo = 0).

Von der gesamten Bevölkerungsvorausberechnung liegen zwei Ergebnisreihen vor: eine auf Grund der optimistischen Annahmen und eine zweite nach den pessimistischen Annahmen. Aus diesen beiden Reihen wurde durch arithmetische Mittelung eine dritte Reihe gewonnen, aus der die wahrscheinliche Entwicklung der Bevölkerung abgelesen werden kann. Da den Zahlen der wahrscheinlichen Bevölkerungsentwicklung für praktische Belange die grösste Bedeutung zukommt, wurden nur diese in den Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit gestellt.

Dipl.-Vw. L. Korschey

## Strassenverkehrsunfälle 1954

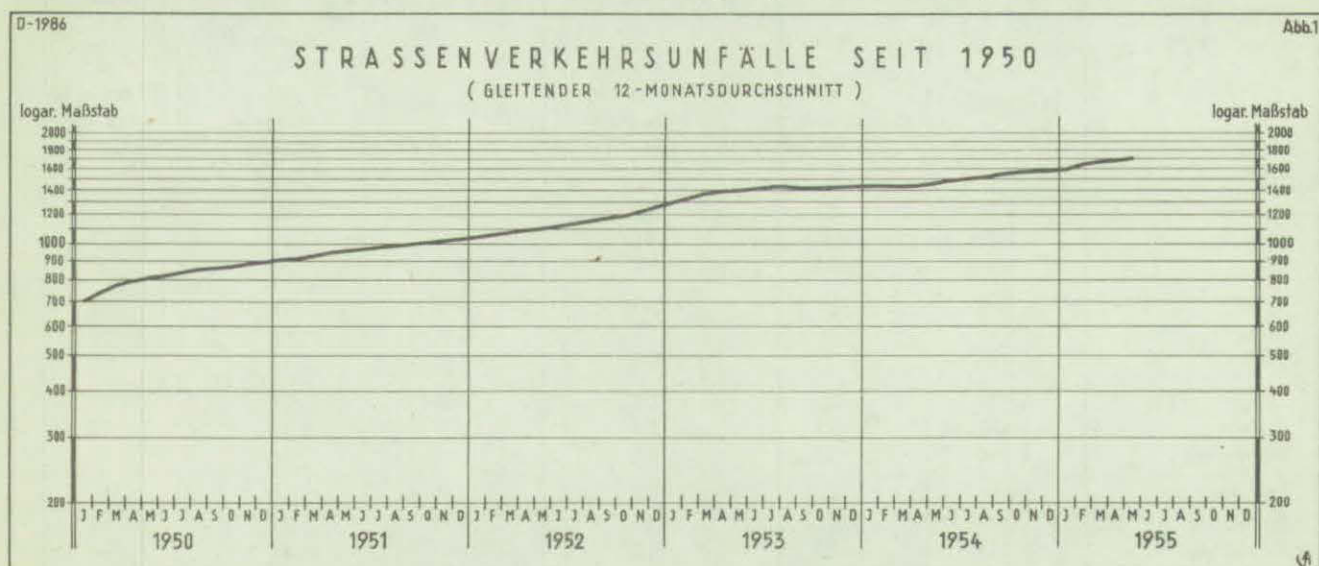
Dieser Aufsatz knüpft an die Darstellung der Strassenverkehrsunfälle 1953<sup>1)</sup> an. Soweit sich die Verhältnisse gegenüber diesem Jahr nicht geändert haben, werden sie nicht erneut geschildert. Lediglich strukturelle Änderungen werden erwähnt. Es empfiehlt sich deshalb, die Darstellung für das Vorjahr bei der Lektüre heranzuziehen.

### Allgemeine Entwicklung

Die Hoffnung, dass dem ständigen Ansteigen der Strassenverkehrsunfälle endlich Einhalt geboten werden möge, hat sich auch im Jahre 1954 nicht erfüllt. Die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr ist mit 6 % allerdings aussergewöhnlich niedrig. Berechnet man jedoch einen gleitenden 12-Monatsdurchschnitt, bei dem jahreszeitliche Einflüsse ausgeschaltet sind, und zeichnet ihn mit logarithmischem Massstab auf (Abbildung 1), so sieht man, dass die Entwicklung einem geradlinigen Trend folgt. Das Jahr 1953, in dem die Geschwindigkeitsbegrenzung aufgehoben wurde, zeigt eine stärkere Zunahme. Die Unfallzahl erhöhte sich damals um

25 % gegenüber dem Vorjahr. Durch die geringere Zunahme im Jahre 1954 schwenkte die Entwicklung wieder auf den alten Trend ein, der seitdem beibehalten wurde. In der Abbildung sind bereits die Ergebnisse bis zum November 1955 mitverarbeitet. Der im logarithmischen Massstab geradlinige Trend bedeutet, dass sich die Unfälle ständig um den gleichen Prozentsatz, nämlich jährlich 17 %, erhöhen. Die absolute Zunahme wird dabei mit der steigenden Unfallzahl immer grösser.

Teilt man die Unfälle nach der Ortslage, was wegen der völlig anderen Entwicklung nötig ist, so kann man die im Vorjahr gebotene Darstellung der saisonbereinigten Zahlen



1) "Ergebnisse der Strassenverkehrsunfallstatistik 1953", Statistische Monatshefte, 7. Jahrgang, Heft 1, Januar 1955, Seite 12 ff.

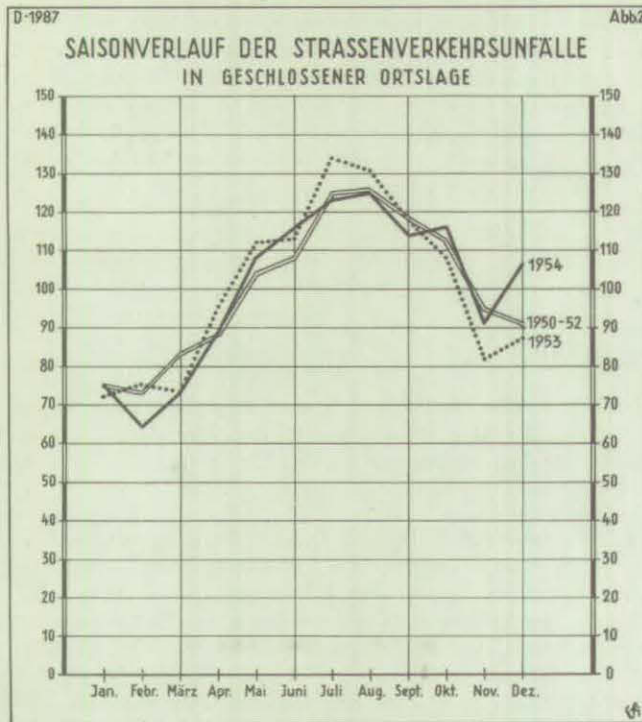


fortsetzen. Es ergibt sich dann, dass es in der nichtgeschlossenen Ortslage nicht beim Stagnieren der Unfallzahl geblieben ist. Sie ist vielmehr wieder gestiegen und pendelt wie in den Jahren 1950 bis 1952 um den geradlinigen Trend. Wegen des kurzen Vergleichszeitraumes lässt sich noch nicht sagen, ob der Trend vielleicht steiler geworden ist. Für die geschlossene Ortslage hatte sich schon im Vorjahr herausgestellt, dass der jahreszeitliche Verlauf völlig anders geworden ist. 1953 war das sommerliche Maximum sehr viel ausgeprägter und höher als in den Vorjahren (Abbildung 2). 1954 hat sich der Saisonverlauf wieder mehr dem Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1952 angepasst. Es zeigen sich aber in den Monaten Februar, März, Juni und Dezember erhebliche Abweichungen. Bei Fortsetzung der Darstellung aus dem Vorjahr würde sich für 1954 ein gestreckterer Ver-

lauf als für 1953 ergeben. Er läge aber über dem damals als geradlinig angenommenen Trend. Die Abbildung 1 hat aber schon gezeigt, dass diese Annahme für die letzten Jahre nicht mehr zutrifft. Der Trend wird vielmehr von Jahr zu Jahr steiler, da der relative Zuwachs gleich bleibt, der absolute also zunimmt.

### Örtliche und zeitliche Verteilung

Schon aus der verschiedenen Neigung der Trends in den beiden Ortslagen ergibt sich, dass die Unfälle innerhalb der Ortschaften stärker zugenommen haben als ausserhalb (Tabelle 1). Der Anteil der Unfälle in geschlossener Ortslage an der Gesamtzahl der Unfälle ist dadurch nur etwas gestiegen. Abgerundet beträgt er noch immer 78 %. Die stärkste Gruppe, nämlich die der Unfälle mit 2 Teilnehmern, erweiterte sich in geschlossener Ortslage um 6 %, in nichtgeschlossener nur um 1 %. Auffällig ist, dass die Unfälle mit nur einem Teilnehmer sich ganz erheblich stärker vermehrten. In der nichtgeschlossenen Ortslage entfallen drei Viertel des Zuwachses auf Unfälle dieser Gruppe. Ihr Anteil ist deshalb auch von 21 auf 23 % und in der geschlossenen Ortslage von 9 auf 10 % gestiegen.



Tab. 1 Strassenverkehrsunfälle 1954 nach der Zahl der Teilnehmer und Ortslage

Anzahl der Verkehrsteilnehmer	Unfälle in			
	geschlossener Ortslage		nichtgeschlossener Ortslage	
	absolut	Verändg. 1954 gegenüber 1953 in %	absolut	Verändg. 1954 gegenüber 1953 in %
1 Teilnehmer	1 358	+ 17	896	+ 14
2 Teilnehmer	11 942	+ 6	2 738	+ 1
3 und mehr Teilnehmer	749	- 2	247	+ 2
insgesamt	14 049	+ 7	3 881	+ 4

Tab. 2 Strassenverkehrsunfälle nach Monaten und Ortslage

Monate	Unfälle in					
	geschlossener Ortslage			nichtgeschlossener Ortslage		
	1954		dagegen 1953	1954		dagegen 1953
	insgesamt	darunter mit Personenschaden in %	mit Personenschaden in %	insgesamt	darunter mit Personenschaden in %	mit Personenschaden in %
Januar	830	37	34	217	42	36
Februar	717	26	31	191	37	33
März	833	41	44	205	50	59
April	1 018	50	50	236	56	50
Mai	1 232	56	53	267	62	63
Juni	1 336	55	51	393	67	60
Juli	1 423	51	53	394	56	62
August	1 457	53	52	457	57	64
September	1 356	52	54	377	56	59
Oktober	1 397	49	50	432	52	56
November	1 139	44	45	371	51	54
Dezember	1 311	42	42	341	47	46
insgesamt	14 049	48	48	3 881	54	55



Der Anteil, den die Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl haben, ist gegenüber dem Vorjahr nur in der nichtgeschlossenen Ortslage etwas zurückgegangen. Es zeigen sich aber gewisse Unterschiede in der jahreszeitlichen Entwicklung (Tabelle 2). Während 1953 in der geschlossenen Ortslage der höchste Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Unfälle mit 54 % im September erreicht wurde, fiel 1954 das Maximum mit 56 % in den Mai. Ausserhalb der Ortschaften lag der Anteil im Sommer 1954 meist niedriger als 1953, wenn auch der Juni mit 67 % einen bislang nicht erreichten Höchststand zeigte.

Hier, wie überhaupt in diesem Aufsatz, sind für die Jahre 1953 und 1954 die Relativzahlen einander gegenübergestellt, wie sie sich tatsächlich aus der Statistik für diese Jahre ergeben. Wegen der oft nur kleinen Zahlen ist darauf verzichtet worden, Fehlergrenzen zu berechnen und damit Aussagen über die zugrunde liegenden Grundgesamtheiten und über die Sicherheit statistischer Unterschiede zu machen.

Der Eindruck, den man zunächst aus Tabelle 2 gewinnen könnte, dass sich nämlich die Schwere der Personenschäden nicht geändert habe, hält einer näheren Prüfung nicht stand. Die Unfälle mit Getöteten in geschlossener Ortslage stiegen um 16 %, die mit Schwerverletzten um 9 %, dagegen die mit Leichtverletzten nur um 4 %. Die Unfälle mit Sachschaden über 200 DM nahmen zwar um 22 % zu, da gleichzeitig aber die grosse Zahl der Bagatellunfälle nur um 3 % wuchs, betrug die Steigerung der Unfälle nur mit Sachschaden insgesamt 7 %. Da die schwersten Unfälle am stärksten zunahm, hat sich die durchschnittliche Schwere der Personenschäden erhöht. Erfreulicherweise lagen in der nichtgeschlossenen Ortslage die Verhältnisse gerade umgekehrt. Die Unfälle mit Getöteten gingen gegenüber dem Vorjahr um 4 % zurück, die mit Schwerverletzten nahmen um 1 % und die mit Leichtverletzten um 3 % zu, so dass die Zahl der Unfälle mit Personenschaden insgesamt um 2 % stieg. Die Unfälle nur mit Sachschaden erhöhten sich um 7 %, wobei die Sachschäden über 200 DM um 19 % anwuchsen, während die Bagatellschäden um 3 % zurückgingen.

Im Durchschnitt des Jahres ereigneten sich innerhalb der Ortschaften täglich 38,5 Unfälle, davon 0,6 mit tödlichen Folgen, 6,9 mit Schwer- und 10,9 mit Leichtverletzten; 20,1 Unfälle führten nur zu Sachschaden. Auf freier Landstrasse ereigneten sich täglich 10,6 Unfälle, von denen 0,4 zu einem Todesfall führten und je 2,7 Schwer- bzw. Leichtverletzte zur Folge hatten. Bei 4,9 Unfällen entstand nur Sachschaden. Diese Durchschnitte mögen jeweils gleich 100 gesetzt werden, um die jahreszeitlichen Änderungen zu erkennen. Errechnet man nämlich auf dieser Basis für jeden Monat Messziffern, so ergeben sich die nachstehend aufge-

führten Werte für die geschlossene Ortslage

bei Unfällen mit

	Personenschaden	Getöteten	Schwer- verletzten	Leicht- verletzten	Sachschaden
im Juni	133	82	133	136	100
im August	135	79	128	143	110

und folgende Zahlen für die nichtgeschlossene Ortslage

im Juni	153	175	154	150	88
im August	148	133	146	152	128

Die beiden Monate wurden gewählt, weil der Juni einen besonders hohen Anteil an Unfällen mit Personenschaden hat und der August das jahreszeitliche Maximum der Unfälle aufweist. Man sieht, dass der hohe Anteil der Unfälle mit Personenschaden von 55 bzw. 67 % im Juni (Tabelle 2) durch besonders wenige Sachschadensunfälle bewirkt wird und nicht etwa durch besonders zahlreiche Unfälle mit Personenschäden. Wie auch im Vorjahr nehmen im Sommer die Unfälle mit Personenschäden stärker zu als die mit nur Sachschäden. Allerdings ist in beiden Gruppen die jahreszeitliche Zunahme nicht mehr so gross wie im Vorjahr. Das war zu erwarten nach dem, was anhand der Abbildung 2 über den jahreszeitlichen Verlauf gesagt worden war.

Die Häufigkeit der Unfälle an den einzelnen Wochentagen hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich verschoben (Tabelle 3). Die Messziffern haben sich für die geschlossene Ortslage bis zu 6 und für die nichtgeschlossene bis zu 16 Punkten geändert. Das Bild der Änderungen ist aber so verschwommen, dass man keine einheitliche Tendenz daraus

Strassenverkehrsunfälle 1954 nach Wochentagen

Tab. 3 - Durchschnitt jeder Spalte = 100 -

Wochentag	Unfälle in			
	geschlossener Ortslage		nichtgeschlossener Ortslage	
	mit Personenschaden	mit nur Sachschaden	mit Personenschaden	mit nur Sachschaden
Montag	100	109	91	101
Dienstag	93	104	94	109
Mittwoch	98	101	78	98
Donnerstag	102	103	96	98
Freitag	109	107	99	103
Sonnabend	121	112	114	113
Sonntag	77	64	128	79

Tab. 4 Strassenverkehrsunfälle 1954 mit Personenschaden nach Wochentagen

- Grösste und kleinste Anteile der Tage an den Unfällen innerhalb der Woche, Tagesdurchschnitt im Monat = 100 -

Wochentag	Unfälle in			
	geschlossener Ortslage		nichtgeschlossener Ortslage	
	Minimum	Maximum	Minimum	Maximum
Montag	80 im Juni	124 im November	64 im April	158 im März
Dienstag	66 im Januar	132 im März	42 im Mai	165 im März
Mittwoch	80 im Juli	119 im März	43 im Oktober	130 im Februar
Donnerstag	78 im Juni	129 im April	55 im März	144 im Mai
Freitag	70 im März	133 im Februar	55 im März	140 im Februar
Sonnabend	103 im März	132 im Januar	50 im Februar	144 im Mai
Sonntag	44 im Dezember	107 im Mai	69 im März	170 im Juni



ableiten kann. Offensichtlich hängt die Bedeutung der Wochentage im Unfallgeschehen von sehr vielen gegeneinanderspielenden Faktoren ab. Solange man diese Einflüsse nicht analysieren kann, scheint die Grösse der Anteile vom Zufall beeinflusst. Das zeigt auch ihre starke Wandelbarkeit im Laufe des Jahres. Errechnet man die der Tabelle 3 entsprechenden Zahlen für jeden Monat, so kann man verfolgen, wie sich die Messziffern im Laufe des Jahres ändern. In Tabelle 4 sind für die Unfälle mit Personenschäden jeweils die höchsten und niedrigsten Werte verzeichnet. Ihre starke Streuung und die Lage im jahreszeitlichen Ablauf zeigt bereits, dass die Messziffern keinen erkennbaren Saisonverlauf haben. Maximum und Minimum liegen oft unmittelbar nebeneinander. Auffällig ist, dass sie sich in den Monaten Februar bis Juni zusammendrängen. Tabelle 4 lässt lediglich erkennen, dass die Schwankungen in der nichtgeschlossenen Ortslage grösser sind. Das ist insoweit einleuchtend, als dort Verkehrsdichte und Strassenzustand stärker wetterbedingt sind. In der geschlossenen Ortslage ist der Sonnabend immer überdurchschnittlich beteiligt, während der Sonntag nur im Extremfall den Durchschnitt überschreitet.

### Einfluss der Tageszeit

Ähnliche Schwierigkeiten, wie sie sich bei dem Versuch, die Verteilung der Unfälle auf die Wochentage zu analysieren, ergeben, darf man bei der Verteilung nach Tagesstunden erwarten. Die Abbildung 3 entspricht der Abbildung 2 des Vorjahres. Man sieht, dass die Tendenz zum Ausgleich von Unterschieden, wie sie im jahreszeitlichen Ablauf für 1954 schon als charakteristisch dargestellt wurde, auch beim Tagesablauf wiederzufinden ist. Sowohl im Januar als auch im Juli haben sich die Unterschiede zwischen der Vormittags- und Nachmittagsspitze verringert. Die Kurven sind sich dadurch ähnlicher geworden und die jahreszeitlichen Unterschiede haben sich gemildert. Dies zeigt sich besonders deutlich in der geschlossenen Ortslage. 1953 fanden im Januar 33 % der Unfälle nach 15 Uhr statt und im

Juli 48 %. 1954 haben sich die Werte auf 35 % und 46 % angeglichen. In der nichtgeschlossenen Ortslage ist der Januarwert mit 34 % gleichgeblieben, während der für Juli von 52 auf 50 % zurückging.

Bei der Unterteilung nach Personen- und Sachschäden sieht man, dass besonders bei den Sachschäden im Juli die nachmittägliche Spitze abgebaut worden ist. Hatten im Januar 1953 noch 39 % der Unfälle mit Personenschaden und 31 % der Unfälle nur mit Sachschaden nach 15 Uhr stattgefunden, so näherten sich 1954 diese Zahlen auf 38 und 33 %. Lediglich im Juli hat sich die Differenz erhöht. Von 51 bzw. 47 % sanken die Werte auf 50 und 44 %, wobei ihr Unterschied von 4 auf 6 anwuchs.

Um den jahreszeitlichen Ausgleich noch einmal von einer anderen Seite her zu beleuchten, seien die Unfallzahlen für Januar und Juli einander gegenübergestellt. Während 1953 sich im Juli gut dreimal soviel Unfälle mit Personenschaden und eineindrittelmal soviel Unfälle mit Sachschaden ereigneten wie im Januar, erreichte im Juli 1954 die Messziffer der Unfälle mit Personenschaden nur das Zweiein-drittelfache, die der Sachschadensunfälle blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die beiden Ortslagen zeigen 1954 keine grossen Unterschiede mehr in diesen Verhältniszahlen. 1953 dagegen waren in der nichtgeschlossenen Ortslage die Personenschäden noch merklich stärker, die Sachschäden schwächer gestiegen als in den Ortschaften.

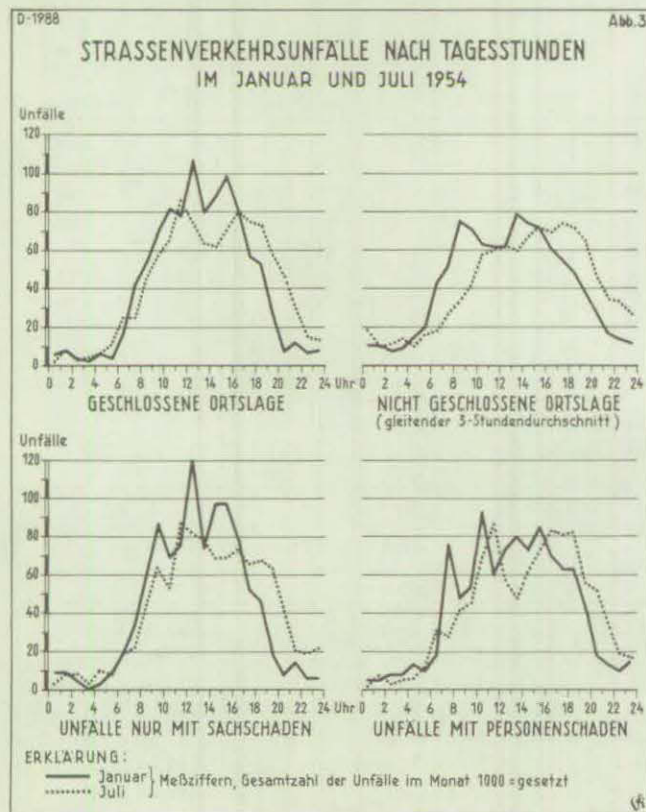
### Personenschäden

Im Laufe des Jahres 1954 verunglückten 11 117 Personen, davon 358 tödlich. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Opfer um 5 % zugenommen, also nicht ganz so stark wie die der Unfälle. Der grösste Teil dieser Zunahme entfiel auf die Ortschaften, in denen 6 % mehr Personen verunglückten. Die Zahl der Opfer auf freier Landstrasse erhöhte sich nur um 1 % (Tabelle 5).

Innerhalb der geschlossenen Ortslage war die stärkste Zunahme, nämlich um 8 %, bei den Männern zu verzeichnen, die ohnehin schon den grössten Teil der Verunglückten stellen. Die Zahl der verunglückten Kraffradfahrer stieg um 17 %, die der Kraftwagenbenutzer um 11 % und die der Radfahrer um 8 %. Fussgänger wurden dagegen um 4 % weniger betroffen. Nur 2 % mehr Frauen verunglückten bei Unfällen innerhalb von Ortschaften. Unter ihnen zeigten die Benutzerinnen von Motorrädern den grössten Zuwachs um 25 %. Der Anstieg bei den Kraftwageninsassinnen war mit 12 % ähnlich der gleichen Gruppe der Männer. Bei den Radfahrerinnen sank die Zahl um 9 %, während sie bei den Fussgängerinnen um 2 % anstieg.

In der nichtgeschlossenen Ortslage ist das Bild erheblich günstiger. Es verunglückten nur 2 % mehr Männer als im Vorjahr. Eine wesentliche Zunahme um 24 % hatten die Radfahrer. Selbst Motorradfahrer, die in geschlossener Ortslage wesentlich mehr verunglückten und bei denen auch die entsprechenden Gruppen der Frauen rund ein Viertel mehr Opfer bringen mussten, verunglückten nicht häufiger als im Vorjahr. Bei den Kraftwagenbenutzern und den Fussgängern war die Zahl sogar um 3 bzw. 4 % rückläufig. Die gesamte Gruppe der betroffenen Frauen nahm um 2 % ab. Dabei verunglückten, wie schon gesagt, ein Viertel mehr Frauen auf Motorrädern. Alle anderen Gruppen blieben unter den Zahlen des Vorjahres, und zwar Kraftwagenbenutzer um 5 %, Radfahrerinnen um 3 % und Fussgängerinnen um 14 %.

Nur noch 1 380 Jugendliche unter 14 Jahren verunglückten. Damit ist ihre Zahl erfreulicherweise um 13 % gesunken, wobei der Rückgang in der nichtgeschlossenen Ortslage etwas stärker war. Immerhin waren noch 14 % der Verkehrs-





Tab. 5 Bei Strassenverkehrsunfällen 1954 getötete und verletzte Personen nach Teilnehmergruppen und Ortslage

Am Strassenverkehr beteiligt	Bei Unfällen in					
	geschlossener Ortslage			nichtgeschlossener Ortslage		
	Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte	Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte
Männliche Personen						
auf Krafträdern	41	706	1 342	37	328	416
Kraftwagen	18	223	481	30	323	414
Fahrrädern	54	562	1 176	21	197	233
als Fussgänger	49	456	576	28	79	85
anders	3	24	54	3	9	16
insgesamt	165	1 971	3 620	119	936	1 164
Weibliche Personen						
auf Krafträdern	2	122	219	2	70	65
Kraftwagen	3	131	185	14	152	155
Fahrrädern	4	235	537	4	75	87
als Fussgänger	38	384	499	7	51	60
anders	-	9	22	-	3	7
insgesamt	47	881	1 462	27	351	374
Personen insgesamt	212	2 852	5 082	146	1 287	1 538
darunter						
Jugendliche unter 14 Jahren	32	452	681	19	105	91

opfer innerhalb der Ortschaften und 7 % ausserhalb Jugendliche. Der Anteil der Jungen an der Gesamtzahl der Jugendlichen blieb mit 64 % fast gleich.

Ähnliche Entwicklungsunterschiede, wie bei der Zahl der Opfer, zeigen sich auch bei der Schwere der Personenschäden. Innerhalb der Ortschaften haben zwar die Männer die grösste Zunahme, diese ist aber innerhalb der Schadensklassen relativ gleichmässiger als bei den Frauen. Bei den Männern stieg die Zahl der tödlich Verunglückten um 25 %, die der Schwerverletzten um 10 % und die der Leichtverletzten nur um 7 %. Da die Schwere der Personenschäden durch das Verhältnis der Schadensgruppen zueinander bestimmt wird, dieses Verhältnis sich aber zu den schweren Unfällen hin verschoben hat, sind die Personenschäden im Durchschnitt schwerer geworden. Bei den Frauen war der Anstieg insgesamt nicht so steil, aber ungleichmässiger. Es gab sogar 10 % weniger Tote. Aber die Zahl der Schwerverletzten erhöhte sich um 7 % bei gleichbleibender Zahl der Leichtverletzten. Die Schwere wuchs also mehr als bei den Männern, da die Gewichtsverschiebung noch grösser war.

In der nichtgeschlossenen Ortslage dagegen wurde die Schwere der Personenschäden durchweg geringer. Zwar wurden 6 % mehr Männer getötet. Aber die Zahl der Schwerverletzten fiel um 2 %, während die der Leichtverletzten sich um 4 % erhöhte. Bei den Frauen war der Rückgang noch stärker. Die Zahl der tödlich Verunglückten verringerte sich um 27 %, die der Schwerverletzten um 6 % und die der Leichtverletzten stieg um 4 %.

Bei den Jugendlichen war die Entwicklung gerade umgekehrt. Innerhalb der Ortschaften wurden ihre Personenschäden leichter, da die Zahl der Toten um 22 %, die der Schwerverletzten um 17 % und die der Leichtverletzten um 8 % zurückging. Auf freier Landstrasse dagegen verunglückten 12 % mehr Jugendliche tödlich, 12 % weniger wurden schwer und 25 % weniger wurden leicht verletzt. Hier sind also entgegen der allgemeinen Entwicklung die Personenschäden schwerer geworden.

Die eben besprochenen Entwicklungen sind auch in Tabel-

Tab. 6 Schwere der Personenschäden nach Teilnehmergruppen und Ortslage

Am Strassenverkehr beteiligt	Bei Unfällen in			
	geschlossener Ortslage		nichtgeschlossener Ortslage	
	Ge- tötete	Leicht- verletzte	Ge- tötete	Leicht- verletzte
	je 10 Schwerverletzte			
Männl. Personen				
auf Krafträdern	0,6	19,0	1,1	12,7
Kraftwagen	0,8	21,6	0,9	12,8
Fahrrädern	1,0	20,9	1,1	11,8
als Fussgänger	1,1	12,4	3,5	10,8
anders	1,3	22,5	3,3	17,8
insgesamt	0,8	18,4	1,3	12,4
Weibl. Personen				
auf Krafträdern	0,2	18,0	0,3	9,3
Kraftwagen	0,2	14,1	0,9	10,2
Fahrrädern	0,2	22,9	0,5	11,6
als Fussgänger	1,0	13,0	1,4	11,8
anders	-	24,4	-	23,3
insgesamt	0,5	16,6	0,8	10,7
Personen insges.	0,7	17,8	1,1	12,0
Jugendliche unt. 14 Jahren	0,7	15,1	1,8	8,7

le 6 zu erkennen, wenn man sie mit der entsprechenden Tabelle des Vorjahres vergleicht. In dieser Tabelle sind die Getöteten und Leichtverletzten auf je 10 Schwerverletzte berechnet und dadurch die Schwere der Personenschäden beschrieben worden. Steigende Zahl der Leichtverletzten bedeutet Sinken der Schwere. Im allgemeinen geht damit ein Sinken der Zahl der Getöteten parallel, doch zeigen sich hierbei wegen der geringen Zahl der Getöteten zufällige Schwankungen.



Die Unfälle der Frauen sind wie auch im Vorjahr schwerer als die der Männer. Durch die verschiedene Entwicklung hat sich in der geschlossenen Ortslage der Unterschied zu den Männern noch vergrößert, in der nichtgeschlossenen verringert. Innerhalb der Teilnehmergruppen zeigen sich eine ganze Reihe von Entwicklungsunterschieden. 1953 waren die Frauen auf Kraftwagen und als Fussgänger in der nichtgeschlossenen Ortslage die einzigen Gruppen, bei denen mehr Schwer- als Leichtverletzte gezählt wurden. Hier haben sich die Verhältnisse gebessert. 1954 gibt es nur noch bei den Motorradfahrerinnen auf freier Landstrasse mehr Schwer- als Leichtverletzte. Bei den Jugendlichen haben sich die Unterschiede der Schwere in den beiden Ortslagen verstärkt. Ausserhalb der Ortschaften wurden sogar mehr Schwer- als Leichtverletzte gezählt.

#### Unfallursachen

Insgesamt wurden bei den 17 930 Unfällen 24 052 vorläufig festgestellte Ursachen und Umstände angegeben, das sind 1,34 Ursachen je Unfall. Die Zahl ist also gegenüber dem Vorjahr, wo sie 1,38 betrug, etwas zurückgegangen. Die Gründe hierfür darf man wohl darin sehen, dass damals der neue erweiterte Katalog der Ursachen bewirkte, dass zunächst von der Möglichkeit, mehrere Ursachen anzugeben, regerer Gebrauch gemacht wurde. Mit zunehmender Vertrautheit wurden die Angaben präziser und es wurde meist nur noch eine Ursache angegeben. In den Ortschaften entfielen auf einen Unfall im Durchschnitt 1,29 Ursachen, ausserhalb dagegen 1,53.

In Tabelle 7 sind die Ursachen auf je 1 000 Unfälle bezogen. Man sieht, dass bei den Unfällen nur mit Sachschaden mehr Ursachen genannt werden, als bei denen mit Personenschäden. Dies kommt daher, dass bei den Sachschadensunfällen Radfahrer und Fussgänger nur eine geringe Rolle spielen. Statt ihrer herrschen Personen- und Lastkraftwagen vor. Bei ihren hohen Geschwindigkeiten spielen aber Witterung und Strassenzustand eine grössere Rolle. Sie werden deshalb auch häufiger aufgezählt.

Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, dass die meist als zusätzliche Umstände angegebenen Strassenverhältnisse und Witterungseinflüsse nicht mehr so oft genannt werden. Technische Mängel am Fahrzeug und der Ladung kamen ebenfalls seltener vor. Auch die Fussgänger sind in geringerer Masse als bisher die Ursache von Verkehrsunfällen.

#### Strassenverkehrsunfälle 1954

Tab. 7 nach Art der Ursache und Ortslage

Art der Ursache	Ursachen je 1 000 Unfälle in			
	geschlossener Ortslage		nichtgeschlossener Ortslage	
	mit Personenschaden	mit nur Sachschaden	mit Personenschaden	mit nur Sachschaden
Ursache beim Füh- rer von				
Krafträdem	166	85	230	69
Personenkraft- wagen	205	437	283	396
Kraftomnibussen	5	23	7	16
Lastkraftwagen	115	320	110	301
Fahrrädern	281	97	223	57
sonstigen Fahr- zeugen	14	30	20	31
Ursache beim Fahrzeug und seiner Ladung	39	43	81	88
Ursache beim Fussgänger	257	17	99	6
Ursache bei den Strassenver- hältnissen	138	184	277	384
Ursache bei Wit- terungseinflüssen	26	33	91	95
Ursache bei ande- ren Einflüssen	33	32	74	119
Ursachen insges.	1 279	1 301	1 495	1 562

Häufiger werden dagegen besonders die Personenkraftwagen genannt.

#### Beteiligte Verkehrsteilnehmer

Die Zahl der Verkehrsteilnehmer je 1 000 Unfälle erweist sich als recht konstant (Tabelle 8). In der nichtgeschlossenen Ortslage ist sie kleiner als in der geschlossenen,

Tab. 8 Strassenverkehrsunfälle 1954 nach Art der Verkehrsteilnehmer und Ortslage

Verkehrsteilnehmer	Verkehrsteilnehmer je 1 000 Unfälle in			
	geschlossener Ortslage		nichtgeschlossener Ortslage	
	mit Personenschaden	mit nur Sachschaden	mit Personenschaden	mit nur Sachschaden
Kraftrad, Kraftroller	418	184	446	131
Personenkraftwagen	409	869	507	793
Kraftomnibus, Obus	17	52	13	49
Lastkraftwagen	208	511	203	512
Zugmaschine, sonstiges Kraftfahrzeug	17	31	27	72
Kraftfahrzeug der Besatzungsmacht	9	16	18	23
Kraftfahrzeuge insgesamt	1 078	1 663	1 214	1 580
Strassenbahn, Eisenbahn	16	35	8	9
Fahrrad (ohne Hilfsmotor)	440	161	287	78
Fahrrad mit Hilfsmotor	57	25	67	19
Fussgänger	317	23	166	10
Sonstiger Verkehrsteilnehmer	47	61	95	185
insgesamt	1 955	1 968	1 837	1 881



wie dies der dort höhere Anteil der Unfälle mit nur einem Teilnehmer vermuten lässt. An dieser Art von Unfällen sind besonders Kraftfahrzeuge beteiligt. Da diese Unfälle oft nur Sachschaden zur Folge haben, sind gerade bei den leichteren Unfällen Kraftfahrzeuge in nichtgeschlossener Ortslage weniger beteiligt. Bei den Unfällen mit Personenschäden ist es dagegen gerade umgekehrt. Hier ist die stärkere Beteiligung der Kraftfahrzeuge auf die andere Zusammensetzung des Verkehrs zurückzuführen. Während in der geschlossenen Ortslage die Unfälle von Radfahrern untereinander und mit Fussgängern eine wesentliche Rolle spielen, sinken sie auf freier Landstrasse fast zur Bedeutungslosigkeit herab. Schwere Unfälle ereignen sich hier fast ausschliesslich unter Beteiligung von Kraftfahrzeugen, wodurch sich ihr grösserer Anteil erklärt. Im ganzen zeigt sich auch schon aus Tabelle 8, dass Fussgänger, Rad- und Motorradfahrer stärker an Unfällen mit Personenschaden beteiligt sind, weil sie ungeschützt sind. Personen- und Lastkraftwagen sind dagegen mehr an Unfällen mit Sachschaden beteiligt, da ihre Insassen durch den Fahrzeugaufbau besser vor den Folgen des Unfalles bewahrt bleiben.

Gegenüber dem Vorjahre zeigen sich einige bemerkenswerte Unterschiede, die zum Teil auf Änderungen in der Struktur des Verkehrs zurückzuführen sein dürften. So ist die Beteiligung von Krafträdern und Personenwagen an den Unfällen

gestiegen, während die von Lastwagen abgesunken ist. Auch Fussgänger waren durchweg weniger beteiligt. Bei den Radfahrern ist ein Rückgang nur für die geschlossene Ortslage festzustellen. Da für 1953 die Untergliederung in Fahrräder mit und ohne Hilfsmotor fehlt, lässt sich nicht feststellen, ob die Zunahme in der nichtgeschlossenen Ortslage etwa auf Fahrräder mit Hilfsmotor zurückzuführen ist. Da sie besser zum Überbrücken weiterer Entfernungen geeignet sind, sind sie auch stärker am Verkehr auf freier Landstrasse beteiligt. Dies ist aus der Unfallbeteiligung deutlich zu erkennen.

Das schon in Tabelle 1 erwähnte auffällig starke Ansteigen der Unfälle mit nur einem Verkehrsteilnehmer lenkt das besondere Interesse auf diese Unfälle. Sie sind in Tabelle 9 zusammengestellt. Der Vergleich mit dem Vorjahre zeigt, dass nicht nur die Zahl der Unfälle zugenommen hat, sondern auch die Schwere der Personenschäden. Das ergibt sich daraus, dass in geschlossener Ortslage die Unfälle mit Schwerverletzten um 47 % und die mit Leichtverletzten nur um 8 % gestiegen sind, während sich die Unfälle nur mit Sachschaden um 10 % erhöhten. Ähnlich ist es ausserhalb der Ortschaften. Auch hier wurden 15 % mehr Unfälle mit Schwerverletzten und nur 7 % mehr mit Leichtverletzten gezählt. Die Zahl der Unfälle mit Sachschaden stieg allerdings auch um 21 %. Das ist aber fast ausschliesslich auf Unfälle von Personenwagen zurückzuführen.

Tab. 9 Strassenverkehrsunfälle 1954 mit nur einem Verkehrsteilnehmer nach Art der Verkehrsteilnehmer und Ortslage

Ortslage Verkehrsteilnehmer	Unfälle mit nur einem Verkehrsteilnehmer insgesamt	davon mit				
		insgesamt	Personenschaden			nur Sachschaden
			Getöteten	Schwer- verletzten	Leicht- verletzten	
<b>Geschlossene Ortslage</b>						
Personenkraftwagen, Kraftdroschke	429	139	4	74	61	290
Lastkraftwagen	278	34	1	14	19	244
Kraftrad, -roller	396	307	10	150	147	89
Fahrrad (ohne Hilfsmotor)	111	107	-	67	40	4
Fahrrad mit Hilfsmotor	54	49	-	29	20	5
Sonstiger Verkehrsteilnehmer	90	46	5	21	20	44
<b>Nichtgeschlossene Ortslage</b>						
Personenkraftwagen, Kraftdroschke	437	210	10	115	85	227
Lastkraftwagen	161	48	5	23	20	113
Kraftrad, -roller	205	176	19	111	46	29
Fahrrad (ohne Hilfsmotor)	27	27	1	18	8	-
Fahrrad mit Hilfsmotor	23	22	-	15	7	1
Sonstiger Verkehrsteilnehmer	43	21	4	12	5	22

Am stärksten nahm die Zahl der Unfälle von Fahrrädern mit und ohne Hilfsmotor zu. Sie stieg innerhalb der Ortschaften um fast die Hälfte, ausserhalb auf mehr als das Doppelte. Auch Unfälle von Personenwagen vermehrten sich um rund ein Fünftel. Motorradunfälle stiegen innerhalb der Ortschaften um 21 %, ausserhalb aber nur um 12 %. Ähnlich liegen die Dinge bei den Lastwagen, die in den Ortschaften 11 % und ausserhalb nur 2 % mehr Unfälle hatten. Die Unfälle aller sonstigen Teilnehmer gingen merklich zurück.

Der Schwerpunkt des Geschehens liegt also in der geschlossenen Ortslage bei den Unfällen mit Personenschaden der Motorrad- und Radfahrer und der Personenwagen. Sie umfassen allein neun Zehntel der schweren Unfälle. Auf freier Landstrasse verunglückten wenig Radfahrer. Die schweren Unfälle werden hier von den Kradfahrern und in besonderer Masse von den Personenwagen getragen. Ihre Unfälle machen drei Viertel aller schweren Unfälle aus. Innerhalb

der Gruppen der Verkehrsteilnehmer zeigen sich keine besonderen saisonalen Entwicklungen. Es fällt im Gegenteil auf, dass sich die Unfälle der Personenwagen ziemlich gleichmässig über das Jahr verteilen. Anscheinend gleichen sich die witterungsbedingten Schwierigkeiten mit der geringeren Verkehrsdichte aus und umgekehrt. Bei den Lastwagen, bei denen die Verkehrsdichte nicht so stark schwankt, zeigt sich jedenfalls im Sommer ein leichter Rückgang der Unfälle auf freier Landstrasse. Der sommerliche Anstieg der Radfahrerunfälle ist nur gering, lediglich bei den Motorrädern gibt es einen ausgeprägten sommerlichen Höhepunkt. Ihre Unfallzahl erreicht zu dieser Zeit in beiden Ortslagen etwa das Dreifache der Ergebnisse des Winters.

In Tabelle 10 sind die Unfälle mit 2 Teilnehmern dargestellt. Es ist für jede Teilnehmergruppe zu sehen, wie oft sie mit Angehörigen der anderen Gruppen kollidierte. Hierbei ist nach Unfällen mit Personen- und nur mit Sachschaden unterschieden. Der Anteil der schweren Unfälle ist in



Strassenverkehrsunfälle 1954 zwischen 2 Verkehrsteilnehmern nach Art der Teilnehmer, Art der Schäden und Ortslage  
 Tab. 10 a = Unfälle mit Personenschaden; b = Unfälle mit nur Sachschaden

Ortslage — Art des einen Verkehrsteilnehmers	Art des anderen Verkehrsteilnehmers											
	Personenkraftwagen, Kraftdroschke		Lastkraftwagen		Kraftrad, -roller		Fahrrad mit und ohne Hilfsmotor		Fussgänger		Sonstige Verkehrsteilnehmer	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
<b>Geschlossene Ortslage</b>												
Personenkraftwagen, Kraftdroschke	139	1 275	126	1 402	520	536	781	426	611	42	77	604
Lastkraftwagen	126	1 402	37	526	313	196	417	162	239	10	38	389
Kraftrad, -roller	520	536	313	196	99	62	522	213	590	35	190	97
Fahrrad mit und ohne Hilfsmotor	781	426	417	162	522	213	334	167	377	29	158	49
Fussgänger	611	42	239	10	590	35	377	29	x	x	88	5
Sonst. Verkehrsteilnehmer	77	604	38	389	190	97	158	49	88	5	13	48
<b>Alle Verkehrsteilnehmer</b>	<b>2 254</b>	<b>4 285</b>	<b>1 170</b>	<b>2 685</b>	<b>2 234</b>	<b>1 139</b>	<b>2 589</b>	<b>1 046</b>	<b>1 905</b>	<b>121</b>	<b>564</b>	<b>1 192</b>
<b>Nichtgeschlossene Ortslage</b>												
Personenkraftwagen, Kraftdroschke	86	243	76	244	130	60	200	49	98	7	48	231
Lastkraftwagen	76	244	21	150	74	21	86	21	28	2	22	128
Kraftrad, -roller	130	60	74	21	50	9	143	34	101	3	132	40
Fahrrad mit und ohne Hilfsmotor	200	49	86	21	143	34	50	14	34	1	43	9
Fussgänger	98	7	28	2	101	3	34	1	x	x	14	1
Sonst. Verkehrsteilnehmer	48	231	22	128	132	40	43	9	14	1	5	30
<b>Alle Verkehrsteilnehmer</b>	<b>638</b>	<b>834</b>	<b>307</b>	<b>566</b>	<b>630</b>	<b>167</b>	<b>556</b>	<b>128</b>	<b>275</b>	<b>14</b>	<b>264</b>	<b>439</b>

Unfälle zwischen 2 Verkehrsteilnehmern nach Schadensklassen und Ortslage  
 Tab. 11 — Verhältniszahlen —

Ortslage und Art des Unfalles	Unfälle mit				Unfälle insgesamt
	Getöteten	Schwer- verletzten	Leicht- verletzten	nur Sach- schaden	
<b>Geschlossene Ortslage</b>					
geschützt — geschützt	3	5	6	56	32
geschützt — ungeschützt	69	54	50	22	36
ungeschützt — ungeschützt	16	33	35	8	20
sonstige	12	8	8	14	11
<b>insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Nichtgeschlossene Ortslage</b>					
geschützt — geschützt	11	12	15	54	32
geschützt — ungeschützt	58	48	39	13	29
ungeschützt — ungeschützt	15	26	28	5	16
sonstige	16	14	19	29	23
<b>insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Geschlossene Ortslage</b>					
geschützt — geschützt	0,1	3	6	91	100
geschützt — ungeschützt	2,8	25	40	32	100
ungeschützt — ungeschützt	1,1	27	51	21	100
sonstige	1,6	12	21	65	100
<b>insgesamt</b>	<b>1,4</b>	<b>17</b>	<b>29</b>	<b>53</b>	<b>100</b>
<b>Nichtgeschlossene Ortslage</b>					
geschützt — geschützt	1,0	8	12	79	100
geschützt — ungeschützt	5,9	37	36	21	100
ungeschützt — ungeschützt	2,7	37	46	14	100
sonstige	2,1	14	23	61	100
<b>insgesamt</b>	<b>3,0</b>	<b>23</b>	<b>27</b>	<b>47</b>	<b>100</b>



allen Gruppen gegenüber dem Vorjahre gleich geblieben. Dies trifft jedoch nur für den Jahresdurchschnitt zu. Die Tabelle 10, nach Monaten aufgegliedert, zeigt jahreszeitliche Unterschiede, die aber nicht mehr so gross sind wie im Vorjahre. Während damals im Januar in beiden Ortslagen 32 % der Unfälle schwer waren, stiegen diese Zahlen auf 37 % innerhalb und 42 % ausserhalb der Ortschaften. Im Juli dagegen lagen die Zahlen 1954 mit 51 % und 56 % nied-

riger als 1953 (52 bzw. 62 %). Diese Entwicklung zeigt sich auch, wenn man nach Verkehrsteilnehmern aufgliedert.

Im allgemeinen ist der Anteil der schweren Unfälle im Januar höher und im Juli niedriger geworden. Dadurch sind die Unterschiede stark eingeebnet. Besonders deutlich ist dies bei Unfällen, an denen Pkw und Lkw beteiligt sind. Auch für Unfälle zwischen Fahrzeugen dieser beiden Gruppen trifft dies zu. Im Januar 1954 waren 10 % dieser Unfälle in geschlossener und 25 % in nichtgeschlossener Ortslage schwer (1953: 4 bzw. 14 %). Im Juli sank dieser Anteil auf 9 bzw. 22 %, während er im Vorjahre auf 13 bzw. 31 % gestiegen war.

Fasst man wieder Personen- und Lastwagen und Omnibusse als Verkehrsteilnehmer, deren Insassen durch einen Fahrzeugaufbau geschützt sind, sowie Fussgänger, Rad- und Motorradfahrer als Ungeschützte zusammen, so erhält man die Tabelle 11. Sie hat sich in ihren Verhältniszahlen gegenüber dem Vorjahr wenig geändert. Ergänzt wird sie durch die Verhältniszahlen innerhalb der Unfallart. Sie zeigen die besondere Gefährdung der "ungeschützten" Verkehrsteilnehmer, vor allem bei Zusammenstössen mit Kraftwagen, und sprechen damit eine beredete Sprache.

Dipl.-Math. G. Schaub

bei Unfällen mit	Anteil der Unfälle mit Personenschaden in geschlossener in nichtgeschlossener			
	Ortslage			
	im Jan.	im Juli	im Jan.	im Juli
	in %			
Pkw	30	35	34	45
Lkw	23	32	35	38
Krädem	62	66	76	86
Fahrrädern	63	74	67	84
Fussgängern	93	95	100	96
Sonstigen Teilnehmern	31	32	35	31

## Die öffentlichen Haushaltsrechnungen - Rechnungsjahr 1953 - (Staatliche und kommunale Finanzen)

- Auszugsweiser Vorabdruck aus "Statistik von Schleswig-Holstein" Heft 18 -

### 1. Gesamtüberblick

Die unmittelbaren Ausgaben der Hoheits- und Kammereiverwaltungen Schleswig-Holsteins betragen im Rechnungsjahr 1953 insgesamt 1 085 Mio DM. Damit stiegen diese Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 11 %. Innerhalb einiger Ausgabearten sind die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr weitaus beträchtlicher.

Das vergrösserte Ausgabenvolumen gegenüber 1952 ist hauptsächlich durch folgende Faktoren verursacht worden:

1. Die persönlichen Ausgaben haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 12 % erhöht. Die Steigerung ist bedingt durch die erhöhten Gehälter und Löhne<sup>1)</sup>.

Der weitere Ausbau der Verwaltung der Lastenausgleichsbehörden führte fast zu einer Verdoppelung der persönlichen Ausgaben dieses Verwaltungszweiges von 3,7 auf 7,2 Mio DM.

2. Auch die höheren Aufwendungen auf dem Bausektor - infolge gestiegener Preise - und die Verteuerung anderer sächlicher Mittel finden ihren Niederschlag in einer erhöhten Finanzmasse.

3. Eine weitere Ausgabenerhöhung ist bei den vermögenswirksamen Ausgaben eingetreten (+21 % gegenüber 1952). Zu einem grossen Teil beruht die Ausgabenerhöhung auf verstärkten Ausgaben für vermehrte Investitionen, insbesondere Schulbau, Strassen- und Wohnungsbau.

4. Die Fürsorgeträgerhöhen sich um rund 10 %, da-

mit stiegen die Ausgaben der allgemeinen Fürsorge. Die Ausgaben für die Kriegsfolgenhilfe verminderten sich durch Umsiedlung und weitere Übernahme von Fürsorgekosten auf Lastenausgleichsleistungen; die Erhöhung der Fürsorgeträgersätze wirkte jedoch dieser Ausgabensenkung entgegen.

5. Die Pflegesätze für Krankenkassenpatienten und Fürsorgeempfänger, die an Krankenhäuser gezahlt werden, stiegen um 6 % ab 1. 2. 1953 und um weitere 8 % ab 1. 7. 1953. Die dadurch bedingten erhöhten Gebühren vergrössern das Finanzvolumen, nicht aber die Eigenausgaben.

Die in den unmittelbaren Ausgaben enthaltenen vermögensunwirksamen Ausgaben (persönliche Ausgaben, Unterhaltung und Instandsetzung, Zinsendienst usw.) stiegen um 8 % auf 763 Mio DM. In ihnen sind 427 Mio DM (Vorjahr 383 Mio DM) persönliche Ausgaben enthalten.

Noch beträchtlicher haben sich die vermögenswirksamen Ausgaben erhöht (von 272 Mio DM auf 330 Mio DM). Das ist begründet durch eine verstärkte Gewährung von Darlehen (ausschliesslich an Gebietskörperschaften) in Höhe von 173 Mio DM (1952: 148 Mio DM), eine stark angestiegene Tilgung in Höhe von 24 Mio DM (1952: 6 Mio DM) und verstärkten Neu- und Wiederaufbau von insgesamt rund 99 Mio DM (1952: 84 Mio DM). An dieser Steigerung der Ausgaben für Neu- und Wiederaufbau sind das Bildungswesen (Schulen, Universität und sonstige kulturelle Aufgaben) mit 7 Mio DM sowie Bau- und Wohnungswesen, Wirtschaft und Verkehr zusammen mit 11 Mio DM beteiligt.

Der Zuweisungsverkehr und die Darlehensgewährung ergibt für das Land - ohne Tilgung - folgende Beträge:

1) vergleiche Statistik von Schleswig-Holstein Heft 15 "Die öffentlichen Haushaltsrechnungen" Rechnungsjahr 1952, S. 7, I. Abs. 1

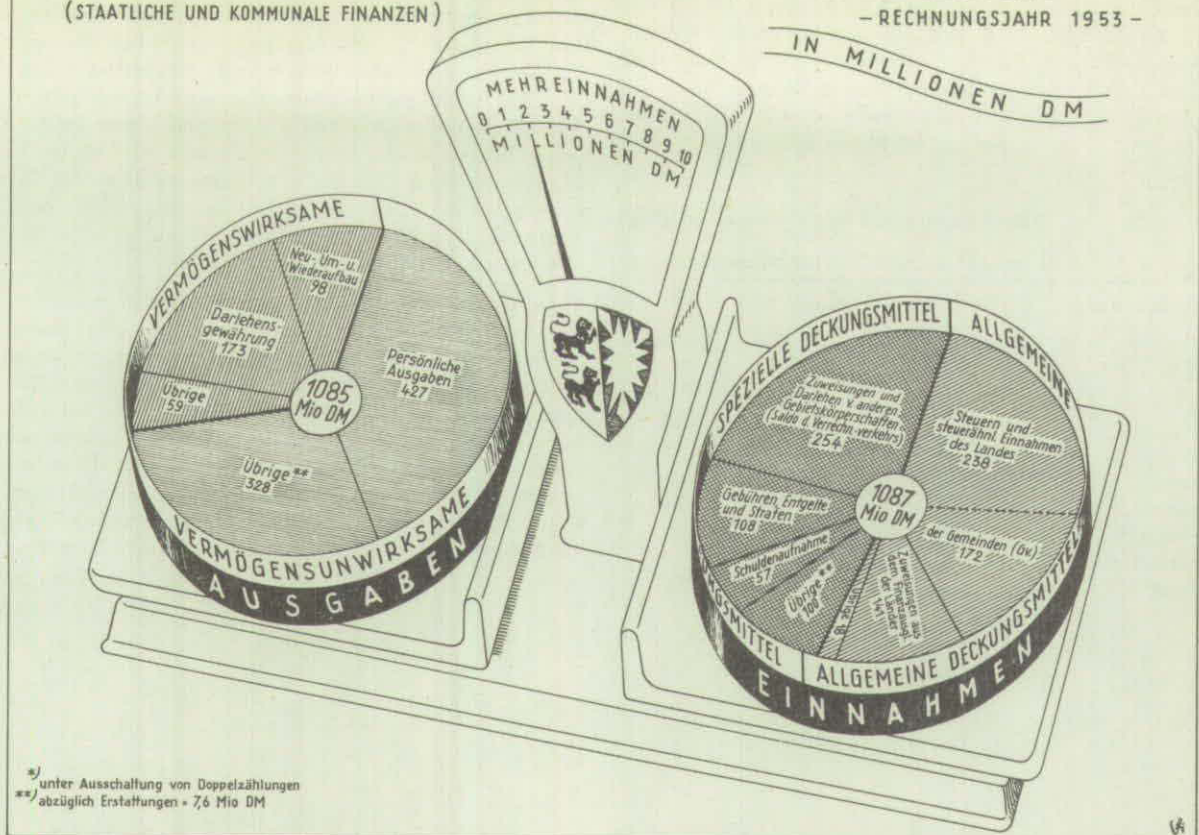


# DIE ÖFFENTLICHEN HAUSHALTSRECHNUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS\*

(STAATLICHE UND KOMMUNALE FINANZEN)

- RECHNUNGSJAHR 1953 -

IN MILLIONEN DM



	Mio DM
Zweckgebundene Zuweisungen vom Bund an Schleswig-Holstein	109 <sup>2)</sup>
"    "    "    an den Bund	6
"    "    "    an den Lastenausgleichsfonds	11
Darlehen vom Bund an Schleswig-Holstein	95
vom Lastenausgleichsfonds an Schl.-Holst.	73

Als Saldo ergeben sich Zuweisungen vom Bund und Lastenausgleichsfonds an das Land in Höhe von 92 Mio DM und Darlehen in Höhe von 168 Mio DM, zusammen also 260 Mio DM. Hinzu kommen 6 Mio DM Tilgungsleistungen von Schleswig-Holstein. Es sind also rund 254 Mio DM an zweckgebundenen Zuweisungen und Darlehen im Rechnungsjahr 1953 dem Gesamthaushalt Schleswig-Holsteins zugeflossen. Diese Summe wurde gegeben für die Erledigung von Aufgaben, die wegen ihrer Höhe und ihres Inhaltes Bundesangelegenheiten sind. Zu diesen zweckgebundenen Zahlungen an die öffentlichen Haushalte Schleswig-Holsteins treten noch 141 Mio DM allgemeine Zuweisungen aus dem horizontalen Länderfinanzausgleich<sup>3)</sup> und 2 Mio DM Bundeshilfe. An das Land Schleswig-Holstein wurden somit insgesamt 397 Mio DM zweckgebundene und allgemeine Zuweisungen sowie Darlehen gezahlt.

Die Eigenausgaben, die von den Hoheits- und Kämmererverwaltungen durch spezielle und allgemeine Deckungsmittel zu decken sind, erreichten eine Höhe von 831 Mio DM und stiegen damit gegenüber dem Vorjahr um 79 Mio DM an.

2) In den Zuweisungen sind 29 Mio DM enthalten, die den Gemeinden für Kriegsfolgenhilfe und deren Einrichtungen gegeben wurden. Aus Gründen der Einheitlichkeit der Methode sind diese Zuweisungen bei den Gemeinden als Beträge vom Land nachgewiesen. Eine eindeutig klare Trennung des Zuweisungsverkehrs der Gebietskörperschaften untereinander ist sehr schwierig: Bei Erweiterung der obigen Aufgliederung um den Zuweisungsverkehr zwischen Land, Gemeinden und Gemeindeverbände ergeben sich stets Differenzen zwischen den einzelnen Ebenen. Auch die oben angeführten Beträge stellen lediglich Annäherungswerte dar.

3) endgültige Höhe steht z. Z. noch nicht fest

Die Eigenausgaben abzüglich der speziellen Deckungsmittel<sup>4)</sup> ergeben einen Zuschussbedarf in Höhe von 567 Mio DM (Rechnungsjahr 1952 dagegen 531 Mio DM).

Die dem Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden verbleibenden Steuern und steuerähnlichen Einnahmen erreichten 409 Mio DM und stiegen damit gegenüber dem Vorjahr um 7 %. Zusammen mit den Überschüssen aus dem Erwerbsvermögen (mit 22 Mio DM gegenüber dem Vorjahr fast unverändert) und dem Saldo der allgemeinen Finanzaufwendungen und Umlagen (142 Mio DM) stellen sich die allgemeinen Deckungsmittel auf insgesamt 574 Mio DM. Die rechnerischen Mehreinnahmen der gesamten öffentlichen Hand erreichten im Rechnungsjahr 1953 7 Mio DM und stiegen damit gegenüber dem Vorjahr fast auf das Doppelte. An Rücklagen wurden 5 Mio DM (Vorjahr 3,6 Mio DM) den Haushalten mehr zugeführt als entnommen; es verblieb mithin im Rechnungsjahr 1953 eine Mehreinnahme von 2 Mio DM gegenüber einer Mehrausgabe im Vorjahr von 91 000 DM. Von dieser Mehreinnahme entfallen 30 000 DM auf den Landshaushalt, 0,9 Mio DM auf den ordentlichen und 1 Mio DM auf den a. o. Haushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Es handelt sich bei den 1 Mio DM Mehreinnahmen der gemeindlichen ausserordentlichen Haushalte um den Saldo der im Rechnungsjahr 1953 nicht verbrauchten Mittel für noch nicht abgeschlossene Bauvorhaben, also nicht um echte Mehreinnahmen.

## 2. Die Ausgaben nach dem Verwendungszweck

Die unmittelbaren Ausgaben der zusammengefassten Haushalte verteilen sich nach ihrem Verwendungszweck wie folgt:

1. Die obersten Staatsorgane: 0,3 % der Ausgaben = 1,37 DM je Einwohner, darunter der Landtag mit 25 % der

4) Gebühren und Entgelte, Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt, Zuweisungen von Zweckverbänden und sonstigen Körperschaften, Entnahmen aus Rücklagen usw.



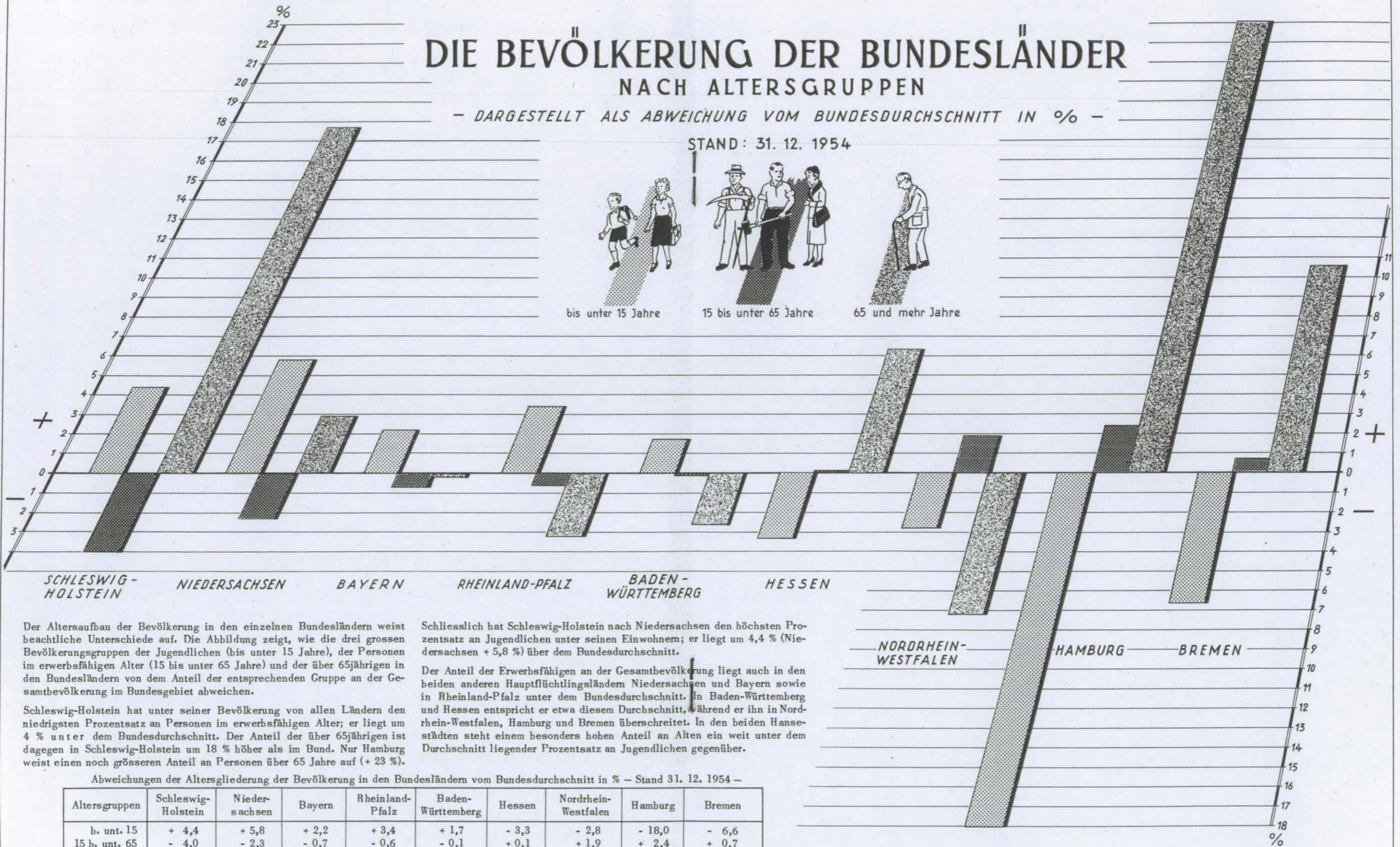
# DIE BEVÖLKERUNG DER BUNDESLÄNDER NACH ALTERSGRUPPEN

- DARGESTELLT ALS ABWEICHUNG VOM BUNDESDURCHSCHNITT IN % -

STAND: 31. 12. 1954



bis unter 15 Jahre      15 bis unter 65 Jahre      65 und mehr Jahre



Der Altersaufbau der Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern weist beachtliche Unterschiede auf. Die Abbildung zeigt, wie die drei grossen Bevölkerungsgruppen der Jugendlichen (bis unter 15 Jahre), der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) und der über 65jährigen in den Bundesländern von dem Anteil der entsprechenden Gruppe an der Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet abweichen.

Schleswig-Holstein hat unter seiner Bevölkerung von allen Ländern den niedrigsten Prozentsatz an Personen im erwerbsfähigen Alter; er liegt um 4 % unter dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil der über 65jährigen ist dagegen in Schleswig-Holstein um 18 % höher als im Bund. Nur Hamburg weist einen noch grösseren Anteil an Personen über 65 Jahre auf (+ 23 %).

Schliesslich hat Schleswig-Holstein nach Niedersachsen den höchsten Prozentsatz an Jugendlichen unter seinen Einwohnern; er liegt um 4,4 % (Niedersachsen + 5,8 %) über dem Bundesdurchschnitt.

Der Anteil der Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung liegt auch in den beiden anderen Hauptflüchtlingsländern Niedersachsen und Bayern sowie in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt. In Baden-Württemberg und Hessen entspricht er etwa diesem Durchschnitt, während er ihn in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen überschreitet. In den beiden Hansestädten steht einem besonders hohen Anteil an Alten ein weit unter dem Durchschnitt liegender Prozentsatz an Jugendlichen gegenüber.

Abweichungen der Altersgliederung der Bevölkerung in den Bundesländern vom Bundesdurchschnitt in % - Stand 31. 12. 1954 -

Altersgruppen	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Hessen	Nordrhein-Westfalen	Hamburg	Bremen
b. unt. 15	+ 4,4	+ 5,8	+ 2,2	+ 3,4	+ 1,7	- 3,3	- 2,8	- 18,0	- 6,6
15 b. unt. 65	- 4,0	- 2,3	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,7
65 und mehr	+ 17,7	+ 2,9	- 0,2	- 3,2	- 2,6	+ 6,3	- 7,2	+ 23,1	+ 10,6



Ausgaben dieses Verwaltungszweiges. Zu den restlichen Ausgaben gehören die Ausgaben für das Landesamt für Verfassungsschutz, die Landesrechnungskammer usw.

2. Allgemeine innere Verwaltung: 4,3 % der Ausgaben = 20 DM je Einwohner. Zu diesem Verwaltungszweig gehören ausser dem Ministerium die obersten Kreis- und Gemeindeorgane, Verwaltungsgerichte, Versicherungsämter, Rechnungsprüfungsämter usw.

3. Finanzwesen: 4,2 % der Ausgaben = 19 DM je Einwohner, darunter das Ministerium, die Finanz- und Steuerverwaltungen einschl. Oberfinanzdirektion und Finanzämter sowie Finanzgerichte mit 94 % der Ausgaben dieses Verwaltungszweiges. Zu diesem Verwaltungszweig gehören ausserdem noch die Verwaltung des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens sowie des Sondervermögens.

4. Öffentliche Sicherung und Ordnung: 4,8 % der Ausgaben = 22 DM je Einwohner, darunter die Polizei mit 85 % der Ausgaben (Landespolizei, Polizeischulen, Bereitschaftspolizei, Wasserschutzpolizei). Zu diesem Verwaltungszweig gehören ferner noch Gewerbeaufsicht, Meldewesen usw.

5. Rechtspflege: 3,2 % der Ausgaben = 15 DM je Einwohner, darunter Justizministerium, Gefängnisse, Strafvollzugsanstalten usw.

6. Bildungswesen: 21,6 % der Ausgaben = 99 DM je Einwohner, darunter

a) Volks-, Hilfs- und Sonderschulen mit 46 % der Ausgaben dieses Verwaltungszweiges. Die aus eigenen Mitteln zu tragenden Eigenausgaben des Landes (76 Mio DM) und der Gemeinden (33 Mio DM) ergeben einen Ausgabebetrag je Volksschüler von 368 DM. In diesem Betrag sind die Ausgaben für Schulbauten in Höhe von 10 Mio DM = 33 DM je Schüler enthalten.

b) Mittelschulen mit weiteren 10 % der Ausgaben dieses Verwaltungszweiges. Für einen Mittelschüler waren insgesamt 490 DM an Eigenausgaben erforderlich. Die Ausgaben für Schulbauten in Höhe von 3 Mio DM sind in diesem Betrag enthalten (70 DM je Mittelschüler).

c) Höhere Schüler mit 16 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges. Für einen höheren Schüler wurden in Schleswig-Holstein 921 DM an Eigenausgaben aufgebracht. Diese Ausgaben verteilen sich auf 34 kommunale (städtische) und 22 staatliche Schulen. Für Schulbauten wurden 4 Mio DM = 102 DM je Schüler ausgegeben.

d) Berufsbildende Schulen mit 10 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges. Auf Grund der sehr starken finanziellen Unterschiedlichkeit der einzelnen Arten von berufsbildenden Schulen ist ein Durchschnittsbetrag je Schüler ohne jeden Aussagewert. Für den Neu- und Wiederaufbau in diesem Verwaltungszweig wurden etwas mehr als 5 Mio DM fast ausschliesslich für Berufsschulen aufgewendet.

e) Hochschulen mit 4 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges. Hierin sind ausschliesslich die Ausgaben für die Universität Kiel enthalten.

f) Hochschulkliniken mit 5 %,

g) Kirchen mit 1 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges.

h) Die eigentlichen Verwaltungsausgaben für das Ministerium und die Schulverwaltung betragen 2 Mio DM und erreichten lediglich 1 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges. In den Ausgaben für das Bildungswesen sind ausserdem noch die Ausgaben für das Institut für Weltwirtschaft, Archive sowie für Theater, Musik, Büchereiwesen und Bibliotheken enthalten.

7. Sozialwesen: 20 % der Ausgaben = 91 DM je Einwohner. Der Unterschied zwischen den unmittelbaren Ausgaben und den Eigenausgaben in diesem Verwaltungszweig ergibt sich aus den hohen zweckgebundenen Zuweisungen, bedingt durch die besondere Aufgabenstellung. Es handelt sich hier insbesondere um soziale Leistungen, die eine Gemeinschaftsaufgabe in Händen des Bundes darstellen. Müssten sie von den Ländern allein getragen werden, so würden diese finanziell stark unterschiedlich beansprucht werden; insbesondere die finanziell schwächeren Länder würden stark getroffen werden. Ein grosser Teil der Ausgaben wird deshalb vom Bund getragen. Dies trifft insbesondere für die Kriegsfolgenhilfe und deren Einrichtungen sowie teilweise für die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zu. Der Bund leistet für die Durchführung dieser Schleswig-Holstein besonders stark treffenden Aufgaben Hilfe in Form von zweckgebundenen Zuweisungen und Darlehensgewährungen. Im Zuweisungsverkehr innerhalb dieses Verwaltungszweiges erhielt Schleswig-Holstein 47 Mio DM, darunter 33 Mio DM für Kriegsfolgenhilfe und 6 Mio DM für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, ausserdem 10 Mio DM an Darlehen für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen.

Um diese zweckgebundenen Zuweisungen und Darlehen verringern sich die durch eigene spezielle Mittel und allgemeine Deckungsmittel noch zu finanzierenden Eigenausgaben. Die speziellen Deckungsmittel sind mit 46 % aller Eigenausgaben dieses Verwaltungszweiges gegenüber anderen Verwaltungszweigen verhältnismässig hoch. Der weitaus grösste Teil der Einnahmen in Höhe von 87 Mio DM, nämlich 52 Mio DM, entfällt auf Einnahmen aus Gebühren und Entgelte, insbesondere der Krankenhäuser. Immerhin ist der Zuschussbedarf für die sozialen Ausgaben noch hoch und beansprucht einen beträchtlichen Teil des Steueraufkommens. Die schwierige Lage Schleswig-Holsteins auf diesem Gebiet infolge seiner besonderen Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur in Verbindung mit seiner geringen Steuerkraft finden durch den horizontalen Finanzausgleich eine gewisse Erleichterung.

Zum sozialen Aufgabengebiet gehören u.a.:

Die Kriegsfolgenhilfe und deren Einrichtungen mit 24 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges. Die Eigenausgaben stellen sich auf 29 Mio DM. Bei 13 Mio DM speziellen Deckungsmitteln verbleibt somit ein Zuschussbedarf von 15 Mio DM.

Die allgemeine Fürsorge und deren Einrichtungen mit 19 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges. Bei 40 Mio DM Eigenausgaben verbleibt ein Zuschussbedarf von 26 Mio DM = 11 DM je Einwohner.

Jugendhilfe und deren Einrichtungen mit 6 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges.

Einrichtungen des Gesundheitswesens mit 29 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges. Hier sind die Eigenausgaben mit 63 Mio DM sehr hoch. Infolge hoher Einnahmen aus Gebühren und Entgelten verbleibt ein Zuschussbedarf in diesem Verwaltungszweig in Höhe von 11 Mio DM = 5 DM je Einwohner.

Für das übrige Gesundheitswesen mit 4 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges beläuft sich der Zuschussbedarf auf 6 Mio DM = 2 DM je Einwohner. Ausserdem gehören zu diesem Verwaltungszweig noch die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen (4 %), Verwaltungen des Lastenausgleichs (4 %), Leibesübungen und Jugendpflege (3 %) usw.

Die Lastenausgleichsleistungen in Höhe von 153 Mio DM = 64 DM je Einwohner sind in den obigen Beträgen nicht enthalten. Träger dieser Leistungen ist der Bund (Lastenausgleichsfonds). Die Lastenausgleichsabgaben (in Schleswig-Holstein insgesamt 82 Mio DM = 34 DM je Einwohner)



werden als Einnahme im Bundeshaushalt nachgewiesen. Als Ausgabe sind sie in Höhe von 3,2 Mio DM, soweit sie die kommunalen Gebietskörperschaften als Grundstückseigentümer betreffen, in der Haushaltsrechnung enthalten. Das Land ist mit 10,4 Mio DM gemäss § 6 LAG in der Ausgabe belastet.

8. Bau- und Wohnungswesen, Wirtschaft und Verkehr: 34,8 % der Ausgaben = 159 DM je Einwohner.

Auch in diesem Aufgabengebiet ist ähnlich wie für das Sozialwesen ein übergebietlicher Ausgleich, namentlich für den Wohnungsbau (sozialer Wohnungsbau) erforderlich. So stellt z.B. der Wohnungsbau in Verbindung mit der Sonderstellung Schleswig-Holsteins (Bevölkerungszunahme gegenüber 1939 = 50 %) sowie der Aus- und Umbau des Verkehrsnetzes eine echte Gemeinschaftsaufgabe dar, deren Lösung nicht den davon besonders betroffenen Ländern allein überlassen wird. Die zweckgebundenen Zuweisungen vom Bund erreichen mit 37 Mio DM daher eine beachtliche Höhe. Die Darlehensaufnahme beim Bund beläuft sich auf 84 Mio DM, weitere 73 Mio DM wurden beim Lastenausgleichsfonds aufgenommen. Von dieser Neuverschuldung im Rechnungsjahr 1953 wurden fast zwei Drittel für den Wohnungsbau, etwa ein Viertel für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – insbesondere für landwirtschaftliche Siedlungen – und 5 % für Strassen, Wege und Brücken verwendet.

Zu dem Verwaltungszweig gehören im einzelnen:

a) Wohnungsbau und Wohnungssiedlung mit 30 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges.

Von den Ausgaben des Verwaltungsabschnittes entfielen 93 % = 105 Mio DM auf Gewährung von Darlehen (ohne Darlehen an Gebietskörperschaften), in fast gleicher Höhe wurden Darlehen aufgenommen. Die Eigenausgaben betragen nur 13 % der unmittelbaren Ausgaben dieses Verwaltungszweiges. Für 10 Mio DM = 9 % wurden Kreditmarktmittel beansprucht. Nur 1 % der Ausgaben dieses Abschnittes sind nicht vermögenswirksam, wurden also für Verwaltungszwecke ausgegeben.

b) Ernährung, Land- und Forstwirtschaft mit 23 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges.

Vom Bund wurden 21 Mio DM Zuweisungen gegeben und 28 Mio DM Darlehen; hinzu kommen noch 10 Mio DM Darlehen aus dem Lastenausgleichsfonds. Von den Zuweisungen entfielen 16 Mio DM auf Arbeiten der Wasserwirtschaft. Die Schuldenaufnahme verteilt sich mit 28 Mio DM auf landwirtschaftliche Siedlungsgenossenschaften und 4,7 Mio DM auf Wasser- und Kulturbau.

c) Strassen, Wege und Brücken mit 21 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges. Die verhältnismässig hohen vermögensunwirksamen Ausgaben in diesem Abschnitt, rund 44 % der gesamten Ausgaben, sind bedingt durch die hohen Aufwendungen für Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, die mit 16 Mio DM fast ein Fünftel der unmittelbaren Ausgaben betragen.

Der Neu- und Wiederaufbau beanspruchte dagegen etwa die Hälfte der unmittelbaren Ausgaben. Die Zuweisungen (11 Mio DM) und Darlehen (8 Mio DM) vom Bund entsprechen etwa den Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände (21 Mio DM). Diese nahmen ausserdem noch für 5 Mio DM Schulden beim Land auf. Die Eigenausgaben für Strassen, Wege und Brücken waren mit 50 Mio DM verhältnismässig hoch.

d) Kommunale Anstalten und Einrichtungen mit 14 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges.

Diese Ausgaben entstanden fast ausschliesslich für

Stadtentwässerung, Müllbeseitigung, Feuerlöschwesen, Einrichtungen der Lebensmittelversorgung, Park- und Gartenanlagen usw. In den hohen persönlichen Kosten (25 Mio DM) sind allein 10 Mio DM für Sparkassenbedienstete enthalten.

e) Handel, Industrie und Gewerbe mit 6 % der Ausgaben des Verwaltungszweiges.

Die Summe der unmittelbaren Ausgaben wird vervollständigt durch:

9. Das Erwerbvermögen mit 3 % der Ausgaben = 13 DM je Einwohner sowie

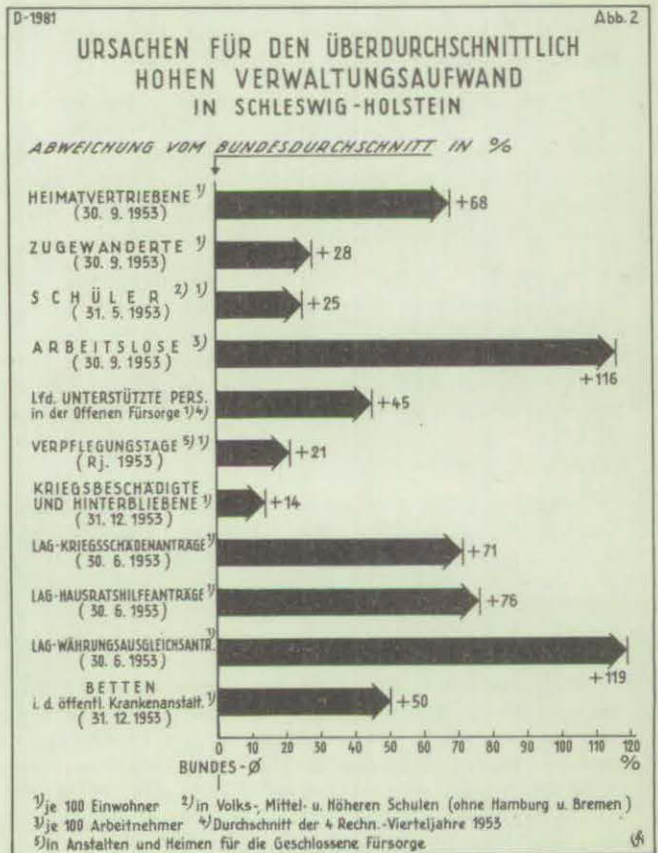
10. 1 % für Kriegsfolgelasten (ohne soziale Kriegsfolgelasten) und

11. 3 % für die nicht aufgeteilten Schulden und den Schuldendienst.

### 3. Die Ausgaben in Schleswig-Holstein im Vergleich zu den Ausgaben in anderen Bundesländern

#### 1. Ausgaben insgesamt

Obwohl für 1953 noch kein entsprechend vollständiges Zahlenmaterial für alle Länder vorliegt, kann aus anderen Finanzstatistiken geschlossen werden, dass sich die Stellung Schleswig-Holsteins gegenüber dem Bundesdurchschnitt im Rechnungsjahr 1953 nicht wesentlich geändert hat. So liegen z.B. die Ergebnisse der Personalstandsstatistik nach dem Stand vom 2. Oktober 1953 bundeseinheitlich für Länder und kommunale Gebietskörperschaften vor. (Die persönlichen Ausgaben umfassen 39 % aller unmittelbaren Ausgaben und 56 % aller vermögensunwirksamen Ausgaben.) Aus ihnen geht hervor, dass zu diesem Zeitpunkt in Schleswig-Holstein die Zahl der Bediensteten je 10 000 Einwohner höher war als





im Bundesdurchschnitt<sup>5)</sup>. Bei Betrachtung des auf die einzelnen Verwaltungszweige entfallenden Personals zeigt sich, dass dieser Personalstand insbesondere durch den Personalaufwand auf dem Gebiete der Anstalten und Einrichtungen, des Fürsorge- und Gesundheitswesens, der Lastenausgleichsämter und der Schulen bedingt ist. Die vorstehende graphische Darstellung soll, ohne dass im einzelnen auf die Unterschiede näher eingegangen wird, die Sonderstellung Schleswig-Holsteins aufzeigen.

Die dargestellten Ursachen des überdurchschnittlich hohen Bedarfs an öffentlichen Bediensteten begründen nicht nur die überdurchschnittlich hohen Personalausgaben, sondern auch die damit verbundenen Aufwendungen für Einrichtungen, soziale Leistungen usw. Sie machen ersichtlich, dass die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in diesen Aufgabengebieten, die insbesondere die vermögensunwirksamen Ausgaben betreffen, ihrem Inhalt und ihrer Höhe nach unvermeidbar sind. Die besonderen Verhältnisse in Schleswig-Holstein schlagen sich in einem erhöhten Finanzvolumen nieder.

Die zusammengefassten öffentlichen Haushalte in den Ländern des Bundesgebietes – ohne Hansestädte – ergeben folgende unmittelbare Ausgaben je Einwohner:

Tab. 1  
Die öffentlichen Haushalte – Rechnungsjahr 1953 –

Art der Ausgabe	Länder <sup>1)</sup>	Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein in % der Länder <sup>1)</sup>
	in DM je Einwohner		
Unmittelbare Ausgaben <sup>2)</sup>	438	455	104
davon vermögensunwirksame Ausgaben <sup>2)</sup>	291	317	109
darunter persönl. Ausgaben	167	179	107
vermögenswirksame Ausgaben	147	138	94

1) ohne Hansestädte und Berlin

2) abzüglich Erstattungen

Die Tabelle 1 lässt erkennen, dass die unmittelbaren Ausgaben je Einwohner in Schleswig-Holstein nicht mehr wie im Rechnungsjahr 1952 unter dem Bundesdurchschnitt liegen, sondern auf 4 % über den Bundesdurchschnitt angestiegen sind. Diese Entwicklung ist weniger auf die Steigerung der vermögensunwirksamen Ausgaben zurückzuführen (von 107 % auf 109 % des Bundesdurchschnitts) als auf die der vermögenswirksamen Ausgaben, die sich erheblich dem Bundesdurchschnitt genähert haben (von 81 % auf 94 %). Die an sich erfreuliche Entwicklung der vermögenswirksamen Ausgaben ist zum grössten Teil auf die erhöhten Ausgaben für den Strassenbau zurückzuführen.

Die überdurchschnittlich hohen vermögensunwirksamen Ausgaben je Einwohner in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bund sind keineswegs auf eine besonders aufwendige Verwaltung zurückzuführen. Sie sind überwiegend strukturell bedingt. Als Beispiel werden nachstehend einige Verwaltungsabschnitte angeführt, in denen dem Land besonders hohe Kosten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt entstehen. Es sind dies neben dem Strassenbau die Schulen und die Fürsorge.

5) vergleiche auch den Abschnitt "Regionale Unterschiede in Personalaufwand und Personalstand" des Aufsatzes "Personalausgaben und Personalstand der öffentlichen Verwaltung" in "Wirtschaft und Statistik", herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 6. Jahrgang N.F., Heft 8, Seite 396 ff.

Unmittelbare Ausgaben der Länder<sup>1)</sup> für das Strassenwesen  
Tab. 2 in den Rechnungsjahren 1950 bis 1953

Länder	1950	1951	1952	1953
	DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	15,83	20,28	27,35	34,25
Niedersachsen	13,79	18,26	21,72	28,06
Nordrhein-Westfalen	19,21	23,11	26,10	30,86
Hessen	21,66	21,82	25,15	27,02
Rheinland-Pfalz	19,02	20,67	29,69	38,97
Baden-Württemberg	23,48	27,11	32,81	36,30
Bayern	17,16	21,10	23,43	28,30
zusammen	18,62	22,13	26,12	31,11

1) einschl. Gemeinden und Gemeindeverbände

## 2. Ausgaben für öffentliche Schulen

Wenn die Vergleichsbeträge je Einwohner haushaltsmässig geprüft und kulturpolitisch ausgewertet werden sollen, ist es unerlässlich, neben den Je-Einwohnerbeträgen, die lediglich formal von Land zu Land beträchtliche Unterschiede in ihrer Höhe vor Augen führen, andere – zutreffendere – Bezugswerte zu finden, die die Gründe für diese Unterschiedlichkeit aufzeigen. Das sind bei den Schulaufwendungen z.B. die Kosten je Schüler, und zwar – der besseren Vergleichbarkeit wegen – getrennt nach Schularten.

Aus der Tabelle 3 ergeben sich folgende Aussagen:

### a) Höhere Schulen

Schleswig-Holstein liegt mit den Ausgaben je Schüler<sup>6)</sup> knapp unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Ausgaben, auf den Einwohner bezogen, geben ohne Erläuterung keinen vergleichbaren Masstab für die unterschiedliche Aufwendigkeit. Der stark über dem Bundesdurchschnitt liegende Je-Einwohnerbetrag ist dadurch zu erklären, dass es in Schleswig-Holstein je 10 000 Einwohner 167 höhere Schüler gibt, im Bundesdurchschnitt dagegen nur 136. Die niedrigste Schülerzahl je 10 000 Einwohner weisen Rheinland-Pfalz (117) und Niedersachsen (121) auf, die dementsprechend – wie auch Bayern – bei den Je-Einwohnerbeträgen am weitesten unter dem Bundesdurchschnitt bleiben.

### b) Mittelschulen

Bei einem Vergleich der verausgabten Beträge je Schüler fällt Bayern mit 1 244 DM völlig aus dem Rahmen. Dieser sehr hohe Betrag weist auf eine völlig andersartige Struktur der Mittelschulen in Bayern hin. Er beeinflusst andererseits die bundesdurchschnittlichen Ausgaben in ihrer Höhe. Das Statistische Bundesamt bemerkt dazu<sup>7)</sup>: "In Bayern baut die Mittelschule auf der 7. Klasse der Volksschule auf und beträgt nur drei Jahre." Damit fällt Bayern für einen Ländervergleich aus.

Eine Berechnung der auf 10 000 Einwohner entfallenden Mittelschüler ergibt aber neben Bayern auch für Rheinland-Pfalz vom Durchschnitt erheblich abweichende Werte, so dass hier ebenfalls auf eine Sonderstellung geschlossen werden kann. Beide Länder – Bayern wie auch Rheinland-Pfalz – sind demnach bei einem Vergleich der Mittelschulenausgaben je Land besser auszuschliessen. Immerhin ist die Zahl der Mittelschüler je 10 000 Einwohner auch in den übrigen Ländern sehr unterschiedlich (zwischen 27 und 191). Die unmittelbaren Ausgaben je Mittelschüler in Schleswig-Holstein belaufen sich auf 494 DM. Werden die beiden nicht vergleich-

6) Schülerzahl nach dem Stand vom 1. 5. 1953

7) "Wirtschaft und Statistik", 7. Jahrgang N.F., Heft 10, Seite 519



Die unmittelbaren Ausgaben von Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden  
für höhere Schulen, Mittelschulen und Volks-, Hilfs- und Sonderschulen nach Ländern <sup>1)</sup>  
— Rechnungsjahr 1953 —

Tab. 3

Land	Öffentliche höhere Schulen		Öffentliche Mittelschulen		Volksschulen		Anzahl der Schüler je 10 000 Einwohner		
	DM je Schüler	DM je Einw.	DM je Schüler	DM je Einw.	DM je Schüler	DM je Einw.	höhere Schulen	Mittelschulen	Volksschulen
Schleswig-Holstein	947	15,85	494	9,43	359	45,41	167	191	1 266
Niedersachsen	917	11,06	466	5,28	386	47,56	121	113	1 231
Nordrhein-Westfalen	1 122	14,38	572	3,61	397	42,46	128	63	1 068
Hessen	861	13,67	440	2,09	411	44,64	159	47	1 087
Rheinland-Pfalz	981	11,50	618	0,66	346	38,37	117	11	1 109
Baden-Württemberg	895	14,59	632	1,73	451	43,58	163	27	967
Bayern	882	11,07	1 244	1,52	358	40,02	125	12	1 118
Bund	964	13,10	551	3,11	390	42,94	136	57	1 101
Schleswig-Holstein in % des Bundesdurchschnitts <sup>2)</sup>	98	121	90	303	92	106	123	335	115
dagegen									
Bundesländer ohne Rheinland-Pfalz und Bayern <sup>2)</sup>	983	13,79	519	3,77	-	-	.	.	-
Schleswig-Holstein in % des Länderdurchschnitts <sup>3)</sup>	96	115	95	250	-	-	-	-	-

1) Quelle: Auszug aus "Wirtschaft und Statistik", Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Heft 10, Oktober 1955, Seite 520

2) Länder ohne Hansestädte und West-Berlin 3) Ohne Rheinland-Pfalz und Bayern sowie Hansestädte und West-Berlin

baren Länder ausgeschlossen, so verringert sich die entsprechende bundesdurchschnittliche Ausgabe je Schüler von 551 DM auf 519 DM. Schleswig-Holstein nähert sich somit dem Bundesdurchschnitt von 90 auf 95 % an. Damit ergibt sich aber auch für die Mittelschulen, dass Schleswig-Holstein in den Je-Schülerbeträgen den Bundesdurchschnitt in ähnlicher Weise wie bei den Ausgaben für die höheren Schüler erreicht. Der sehr viel höhere Betrag, der je Einwohner ausgegeben wurde, erklärt sich ebenfalls wie bei den höheren Schülern durch die überdurchschnittliche Zahl an Mittelschülern in Schleswig-Holstein.

c) Volks-, Hilfs- und Sonderschulen

Bei einem Ländervergleich ergibt sich bei den Volksschulen eine ähnliche Lage wie bei den Angaben für die höheren bzw. Mittelschulen. Die Ausgaben für Volks-, Hilfs- und Sonderschulen <sup>8)</sup> je Einwohner liegen für Schleswig-Holstein hinter Niedersachsen an der Spitze der Länder des Bundesgebietes (6 % über dem Durchschnitt), dagegen bleiben die Aufwendungen je Schüler in Schleswig-Holstein mit 359 DM um 8 % hinter dem Bundesdurchschnitt zurück.

Die Umrechnung der Ausgaben auf die Schüler zeigt, dass

Die unmittelbaren Ausgaben <sup>1)</sup> der Länder und Gemeinden für höhere und Mittel- sowie Volks-, Hilfs- und Sonderschulen  
— Ordentlicher und ausserordentlicher Haushalt —

Tab. 4

Rechnungsjahr 1953

Schulen Ausgabearten	Länder des Bundesgebietes <sup>2)</sup>		Schleswig-Holstein		
	Mio DM	je Schüler in DM	Mio DM	je Schüler in DM	in % des Länderdurchschnitts
Höhere Schulen	611,4	964	37,8	947	98,2
davon					
vermögensunwirksam	524,1	827	33,0	826	99,9
vermögenswirksam	87,3	138	4,8	120	87,0
Mittelschulen	145,3	551	22,5	494	89,7
davon					
vermögensunwirksam	117,4	445	18,6	408	91,7
vermögenswirksam	27,9	106	3,9	86	81,1
Volks-, Hilfs- und Sonderschulen	2 005,0	390	108,3	359	92,1
davon					
vermögensunwirksam	1 570,5	306	93,5	310	101,3
vermögenswirksam	434,5	85	14,8	49	57,6

1) Quelle: "Statistische Monatszahlen" in Wirtschaft und Statistik, Herausgeber Statistisches Bundesamt, 7. Jahrgang N.F., Heft 10, Seite 541\* für höhere und Mittelschulen und Heft 9, Seite 469 für Volksschulen 2) ohne Hansestädte und Westberlin

8) In den Ausgaben Schleswig-Holsteins sind auch die Zahlungen an die dänischen Minderheitsschulen mit enthalten. Aus Vergleichsgründen musste daher für die Berechnung der Je-Schülerbeträge die Zahl der Schulkinder der dänischen Minderheiten ebenfalls mit einbezogen werden



– wie es auch gerechterweise sein sollte – für jeden Schüler im Bundesgebiet annähernd gleich hohe Ausgaben geleistet werden. Die noch bestehenden Unterschiede ergeben sich weniger aus den laufenden (vermögensunwirksamen) Ausgaben, sondern vielmehr durch die vermögenswirksamen Ausgaben.

Aus der Tabelle 4 ergibt sich, dass in Schleswig-Holstein die vermögenswirksamen Ausgaben je höheren Schüler hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleiben (87,0 %). Dagegen liegt Schleswig-Holstein bei den vermögensunwirksamen Ausgaben fast genau in Höhe des Bundesdurchschnitts (99,9 %).

Bei den vermögensunwirksamen Ausgaben für Mittelschulen erreicht Schleswig-Holstein nicht ganz den Bundesdurchschnitt (91,7 %), während es bei den vermögenswirksamen Ausgaben stärker zurückbleibt (81,1 %).

Die vermögensunwirksamen Ausgaben für die Volksschulen überschreiten dagegen in Schleswig-Holstein den Bundesdurchschnitt geringfügig um 1,3 %, bleiben aber bei den vermögenswirksamen Ausgaben um 42,4 % darunter.

Die verhältnismässig schlechte Finanzlage des Landes wird durch die unterdurchschnittliche Höhe der vermögenswirksamen Ausgaben angedeutet.

Die Höhe der Ausgaben wird also durch die Zahl der Schüler wesentlich bestimmt, die – bezogen auf 10 000 Einwohner – in Schleswig-Holstein in allen Schularten beachtlich höher als im Bundesdurchschnitt ist. Dafür gibt es verschiedene Begründungen, die sowohl in der Struktur der Bevölkerung als auch in den Auswirkungen unterschiedlicher Schulgesetzgebung liegen <sup>9)</sup>.

### 3. Fürsorgeausgaben

Auch auf dem Gebiete der Fürsorge ist die Belastung Schleswig-Holsteins höher als die der anderen Länder.

In den unmittelbaren Ausgaben steht Schleswig-Holstein mit rund 46 DM je Einwohner an der Spitze aller Länder <sup>10)</sup>; es

liegt damit um 19 % über dem Länderdurchschnitt. Bei den Eigenausgaben übersteigt es diesen Durchschnitt um 16 %. Eine Ausgliederung nach einzelnen Verwaltungsabschnitten zeigt, dass das Schwergewicht der Eigenausgaben in Schleswig-Holstein wie auch in den anderen Ländern bei der "Allgemeinen Fürsorge" liegt (43 % der Eigenausgaben des gesamten Fürsorgeplans in Schleswig-Holstein, 47 % in den Ländern des Bundesgebietes). Die Kriegsfolgenhilfe hat in Schleswig-Holstein mit 26 % ein bedeutend höheres Gewicht als in den anderen Ländern des Bundesgebietes (18 %).

Die prozentuale Beteiligung des Landes an den unmittelbaren wie auch an den Eigenausgaben in Schleswig-Holstein entspricht etwa den Anteilen aller Länder an der Fürsorge. –

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, dass Schleswig-Holstein in einigen Ausgabearten bzw. Ausgabegruppen, wie z.B. bei den persönlichen Ausgaben und bei den Ausgaben für Strassen, Schulen und Fürsorge eine überdurchschnittliche Belastung gegenüber anderen Ländern aufweist. Wie bereits erwähnt und im einzelnen begründet, ergeben sich diese Mehrausgaben allein durch die besonderen Verhältnisse, nicht jedoch durch eine besondere Verwaltungsaufwendigkeit.

Bezüglich der Allgemeinen Deckungsmittel im Rechnungsjahr 1953 wird auf den Abschnitt "Öffentliche Finanzen" in den "Statistischen Monatsheften Schleswig-Holstein", 6. Jahrgang, Mai 1955, Seite 184 verwiesen. Das Heft 18 der "Statistik von Schleswig-Holstein", dem der vorstehende Beitrag entnommen wurde, enthält darüber hinaus Angaben über das Landes- und Gemeindesteueraufkommen in den Rechnungsjahren 1953 und 1954 sowie über den Landshaushalt 1953, Bemerkungen zur Methode und einen ausführlichen Tabellenenteil.

Dipl.-Volksw. J. Sachse

<sup>9)</sup> vergleiche "Wirtschaft und Statistik", Jahrgang 7, N.F., Heft 9, Seite 469 ff. und 7. Jahrgang, N.F., Heft 10, Seite 520

<sup>10)</sup> ohne Hansestädte und Westberlin; vergleiche auch "Wirtschaft und Statistik", 7. Jahrgang, N.F., Heft 9, Seite 474 und 480

## Kurzberichte

### Der Anbau ausgewählter Fruchtarten auf dem Ackerland

Diesem Heft liegt eine Karte aus dem deutschen Planungsatlas <sup>1)</sup> über die Anbauverteilung einiger wichtiger Feldfrüchte bei. Mit den dargestellten Fruchtarten werden insgesamt z.Z. knapp 30 % des schleswig-holsteinischen Ackerlandes bebaut, und zwar sind rund 11 % Ackergrünland, 9 % Futter- und Kohlrüben, 8 % Kartoffeln und 2 % Zuckerrüben. Im einzelnen hat sich der Anbau dieser Früchte in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt.

Hauptanbaugebiet für Kartoffeln ist die Geest, und zwar hauptsächlich westlich der Linie Rendsburg, Neumünster, Bad Bramstedt und im Kreis Hsgt. Lauenburg, daneben treten einige Geestgemeinden des Landesteils Schleswig noch schwerpunktmässig besonders hervor. Im östlichen Hügelland ist der Anteil der Kartoffel am Ackerland erheblich geringer und auf den bindigen Marschböden im Westen des Landes ist kaum noch Anbau vorhanden.

Während die Kartoffel also hauptsächlich auf den leichteren

<sup>1)</sup> Herausgeber: Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein – Landesplanung – in Verbindung mit der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

#### Entwicklung der Anbaufläche ausgewählter Feldfrüchte

Fruchtart	Anbaufläche in 1 000 ha					
	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Kartoffeln	72,3	64,9	60,7	60,8	55,7	53,9
Zuckerrüben	7,6	9,8	10,6	11,1	13,5	13,2
Futter- und Kohlrüben	57,8	61,0	59,1	60,0	56,0	58,0
Ackerwiese und Ackerweide	74,0	78,6	76,8	76,4	70,7	71,0

Böden des Landes verbreitet ist, wird die Zuckerrübe entsprechend ihrer höheren Ansprüche vor allem auf den relativ schwereren Böden angebaut. Der stärkste Zuckerrübenanbau in Schleswig-Holstein wird auf den Marschböden Süderdithmarschens betrieben. Hier war bereits vor dem letzten Krieg eine Zuckerfabrik vorhanden. In der Nachkriegszeit hat sich der Anbau dann auch im gesamten Hügelland schnell ent-



wickelt. Jedoch auch auf der Geest sind heute bereits zahlreiche zuckerrübenanbauende Betriebe vorhanden.

Eine bedeutende Rolle spielt bei der umfangreichen Viehhaltung in Schleswig-Holstein der Futterbau. Dabei ist die Zusammensetzung der Futterfläche in den einzelnen Landesteilen verschieden. In der Marsch entfällt der grösste Teil auf Dauerweiden, im Landesteil Schleswig, besonders in Angeln und auf der Vorgeest sowie der Lecker Geest besteht das Grünland grösstenteils aus Wechselgrünland (Ackerwiese und Ackerweide). Dabei ist die Zahl der Grasjahre verschieden und die Abgrenzung gegenüber dem Dauergrün-

land aus diesem Grunde nicht immer scharf. Im ganzen Landesteil Holstein sind nur wenig Ackerwiesen und -weiden vorhanden. Der Anbau von Futterhackfrüchten verteilt sich gleichmässiger auf das ganze Land, als der der anderen Früchte, zumal wenn man wie hier Futter- und Kohlrüben in der Darstellung zusammenfasst. Im ganzen betrachtet hebt sich jedoch die Geest mit Ausnahme einiger Gebiete im Landesteil Schleswig mit stärkerem Anbau gegenüber dem Hügelland (mit Ausnahme Angeln) und der Marsch etwas hervor.

Mo.

## Schleswig-Holstein und der Bund

### Heiratshäufigkeit, Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der Vertriebenen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung

— Hinweis auf eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes in Wirtschaft und Statistik, 7. Jahrgang neue Folge, Heft 10, Seite 497 —

Das Statistische Bundesamt hat die Ergebnisse einer Untersuchung veröffentlicht, die das Ziel hatte festzustellen, ob und in welchem Umfange die Heiratshäufigkeit, Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der Vertriebenen von dem nicht zu dem Personenkreis der Vertriebenen<sup>1)</sup> gehörenden Bevölkerungsteil, der nachstehend als "übrige Bevölkerung" bezeichnet ist, abweichen.

Nach den Ergebnissen der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, in der im allgemeinen die Lebendgeborenen

Geburten- und Sterbeziffern der Gesamtbevölkerung und der Vertriebenen  
Tab. 1 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

	Auf 1 000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe kamen 1954 <sup>1)</sup>			
	in Schleswig-Holstein		im Bundesgebiet	
	Gesamtbevölkerung	Vertriebene	Gesamtbevölkerung	Vertriebene
Geborene	14,0	14,5	15,7	18,0
Gestorbene	10,8	9,2	10,4	8,1

<sup>1)</sup> vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt — Statistische Berichte Arbeitsnummer VIII/1/24

Tab. 2 Eheschliessende im Bundesgebiet nach Personenkreisen 1950 bis 1954 auf 1 000 der jeweiligen Bevölkerung<sup>1)</sup>

Jahr	Gesamtbevölkerung		Vertriebene				Übrige Bevölkerung	
			tatsächlich		Erwartungswerte			
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1950	22,6	20,0	26,9	22,0	27,1	22,4	21,8	19,6
1951	21,9	19,3	27,2	22,2	26,3	21,6	20,8	18,7
1952	20,0	17,7	24,5	20,5	24,0	19,8	19,1	17,1
1953	18,9	16,8	22,3	19,1	22,7	18,8	18,2	16,3
1954	18,4	16,3	21,1	18,3	21,9	18,3	17,8	15,9

<sup>1)</sup> 1950 Bevölkerung am 13. 9. 1950, sonst mittlere Bevölkerung

<sup>1)</sup> Als Vertriebene werden in der amtlichen Statistik alle Personen gezählt, die am 1. September 1939 in den deutschen Ostgebieten (Gebietsstand vom 31. Dezember 1937) unter fremder Verwaltung oder im Ausland gewohnt haben, einschliesslich ihrer nach dem 1. September 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose



ergibt sich dann die Zahl der Vertriebenen, die geheiratet hätten, wenn ihre Heiratshäufigkeit derjenigen der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte (Erwartungswerte).

Der Vergleich dieser Zahlen zeigt, dass im Jahre 1950 die tatsächlichen Ziffern der Eheschliessenden der Vertriebenen unter denen der Erwartungswerte lagen. Die vertriebenen Männer hatten lediglich 1951 und 1952 bei den tatsächlichen Werten eine etwas höhere Heiratshäufigkeit als bei den Erwartungswerten aufzuweisen. Bei den vertriebenen Frauen war die Heiratshäufigkeit in den Jahren 1951 bis 1953 grösser und 1954 entsprach sie dem Durchschnitt aller weiblichen Personen. Es ist hervorzuheben, dass der in den letzten Jahren allgemein beobachtete Rückgang der Heiratshäufigkeit bei den Vertriebenen etwas später einsetzte. Vermutlich erfolgten die Heiraten der durch Krieg und Nachkriegszeit Verhinderten bei den Vertriebenen etwas später als bei der übrigen Bevölkerung. Auch haben sich in den letzten Jahren die Heiratschancen der vertriebenen Frauen, wie es sich aus der grossen Zunahme des Anteils der Ehen zwischen vertriebenen Frauen und Männern aus der übrigen Bevölkerung zeigt, weitgehend gebessert.

#### Fruchtbarkeit der Vertriebenen

Auch hier wurden ähnlich wie bei der Untersuchung der Heiratshäufigkeit Erwartungswerte errechnet. Diesen lagen altersspezifische eheliche und uneheliche Fruchtbarkeitsziffern der Gesamtbevölkerung zugrunde. Bei der Ermittlung der ehelichen Fruchtbarkeitsziffern wurde von der sonst üblichen Methode insofern abgewichen, als die Geborenenzahl nicht auf die Zahl der verheirateten Frauen, sondern auf die der verheirateten Männer bezogen wurde, da die Zuordnung zu einem der Personenkreise nach der Zugehörigkeit des Vaters und nicht nach der Eigenschaft der Mutter erfolgte.

Die nachstehenden Geburtenziffern und Erwartungswerte zeigen, dass die Fruchtbarkeit der Vertriebenen im Jahre 1950 noch recht erheblich unter dem Erwartungswert blieb. Ab 1951 sind jedoch nur geringe Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit der beiden Bevölkerungskreise zu erkennen.

#### Lebendgeborene im Bundesgebiet nach Personenkreisen 1950 bis 1954 auf 1 000 der jeweiligen Bevölkerung<sup>1)</sup>

Tab. 3

Jahr	Gesamtbevölkerung	Vertriebene		Übrige Bevölkerung
		tatsächlich	Erwartungswerte	
1950	16,2	16,9	18,5	16,1
1951	15,8	18,1	18,0	15,3
1952	15,7	18,1	17,9	15,2
1953	15,5	17,8	17,7	15,0
1954 <sup>2)</sup>	15,7	18,0	17,9	15,3

1) 1950 Bevölkerung am 13.9.1950, sonst mittlere Bevölkerung

2) vorläufiges Ergebnis

#### Sterblichkeit der Vertriebenen

Die Sterbeziffern der Vertriebenen lagen in den Jahren seit Kriegsende recht erheblich unter denen der übrigen Bevölkerung. Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, die insbesondere die Unterschiede im Altersaufbau (schwächere Besetzung der höheren Altersgruppen bei den Vertriebenen) ausglich, führten zu dem Ergebnis, dass die errechneten Erwartungsziffern zwar noch über denen der tatsächlich ermittelten Sterbeziffern der Vertriebenen lagen, sich diesen jedoch schon stark genähert hatten. Während die "rohen" Sterbeziffern der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung etwa um 50 % auseinander lagen, war zwischen den errechneten Erwartungsziffern der Vertriebenen und der allgemeinen Sterbeziffer der Gesamtbevölkerung nur noch ein Unterschied von rund 20 % festzustellen. Allerdings waren die Unterschiede in den einzelnen Altersgruppen der Gestorbenen, insbesondere bei den Säuglingen und bei den höheren Altersgruppen, sehr gross. Der Grund hierfür ist zum Teil in Erfassungsfehlern zu suchen. So wurde besonders bei den Kindern, die erst nach der Flucht oder Vertreibung zur Welt kamen, die Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939, für den der Wohnsitz der Eltern zu diesem Zeitpunkt massgebend ist, häufig nicht richtig ausgefüllt. Ebenfalls war oft die Vertriebeneneigenschaft der älteren Gestorbenen nicht bekannt.

#### Gestorbene im Bundesgebiet nach Personenkreisen 1950 bis 1954 auf 1 000 der jeweiligen Bevölkerung

Tab. 4

Jahr	Männlich			Weiblich		
	Vertriebene		übrige Bevölkerung	Vertriebene		übrige Bevölkerung
	tatsächlich	Erwartungswerte		tatsächlich	Erwartungswerte	
1950	7,8	9,4	11,9	7,0	8,8	10,1
1951	8,3	9,6	12,1	7,4	8,9	10,2
1952	8,2	9,6	12,1	7,4	8,9	10,1
1953	8,5	10,2	12,7	7,8	9,4	10,6
1954 <sup>1)</sup>	8,5	...	12,0	7,7	...	9,9

1) vorläufiges Ergebnis

Das Statistische Bundesamt kommt abschliessend zu der Feststellung, dass die Tatsache einer niedrigeren Sterblichkeit der Vertriebenen bestehen bleibt. Die Ursachen hierfür können aus dem vorhandenen Zahlenmaterial im einzelnen nicht angegeben werden. Es dürfte aber zutreffen, dass ein Teil der Vertriebenen den Strapazen der Flucht und Vertreibung nicht gewachsen war und somit durch die Sterbefälle während der Vertreibung eine gewisse Auslesewirkung stattgefunden hat, die zur Folge hat, dass die Überlebenden nunmehr eine höhere Lebenserwartung aufzuweisen haben.

Mu.

#### Zeichenerklärung

Ø	bedeutet Durchschnitt	x	in einer Tabelle: Angaben aus sachlogischen Gründen nicht möglich
p	" vorläufige Zahl	-	" " " Zahlenwert genau null
r	" berichtigte Zahl	0	" " " mehr als nichts aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
s	" geschätzte Zahl	.	" " " Zahlenwert nicht bekannt
		...	" " " Zahlenwert noch nicht bekannt

In Klammern gesetzte Zahlen in Tabellen haben eine eingeschränkte Aussagefähigkeit. Kleine Differenzen bei Additionen erklären sich durch Rundungen; allen Rechnungen liegen die ungekürzten Zahlen zugrunde. Zahlen ohne besondere Quellenangabe sind im Statistischen Landesamt erstellt.



# TABELLENTEIL

## SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

### a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe *	Einheit	1950		1954			1955			
		Mts.- bzw. Vj.-+ Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Bevölkerung insgesamt	1000	2 611	2 325	2 311	2 308	2 304	2 284	2 282	...	...
darunter										
Vertriebene <sup>1)</sup>										
*absolut	1000	856 <sup>a</sup>	653	643	641	639	626	625	...	...
in % der Bevölkerung		33,0	28,1	27,8	27,8	27,7	27,4	27,4	...	...
Zugewanderte <sup>2)</sup>										
*absolut	1000	135 <sup>a</sup>	132	132	132	132	133	133	...	...
in % der Bevölkerung		5,2	5,7	5,7	5,7	5,7	5,8	5,8	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen <sup>3)</sup>										
*absolut		2 078	1 423	1 596	1 186	1 695	997	1 589	...	...
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6	7,3	8,1	6,2	8,6	5,3	8,2	...	...
Lebendgeborene <sup>4)</sup>										
*absolut		3 447	2 721	2 521	2 476	2 537	2 600	2 550	...	...
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		15,8	14,0	12,8	13,0	12,9	13,8	13,1	...	...
Gestorbene <sup>5)</sup> (ohne Totgeborene)										
insgesamt		2 059	2 101	1 995	1 996	2 204	1 694	1 895	...	...
*absolut		2 059	2 101	1 995	1 996	2 204	1 694	1 895	...	...
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,5	10,8	9,9	10,5	11,2	9,0	9,8	...	...
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*absolut		172	102	114	100	114	81	87	...	...
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,7	4,5	4,0	4,5	3,1	3,4	...	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*absolut		+1 388	+ 620	+ 566	+ 480	+ 333	+ 906	+ 655	...	...
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,7	+ 4,8	+ 3,4	...	...
<b>Wanderungen</b>										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	4 675	5 025	4 558	4 022	4 743	5 814	...	...
darunter										
Vertriebene		2 173	1 536	1 672	1 436	1 262	1 444	1 742	...	...
Zugewanderte		.	843	869	791	697	878	1 110	...	...
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	8 729	9 479	8 023	8 566	7 776	9 246	...	...
darunter										
Vertriebene		9 662	4 215	4 331	3 465	3 786	3 180	3 559	...	...
Zugewanderte		.	914	1 026	860	948	927	978	...	...
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	-4 054	-4 454	-3 465	-4 544	-3 033	-3 432	...	...
darunter										
Vertriebene		-7 489	-2 679	-2 659	-2 029	-2 524	-1 736	-1 817	...	...
Zugewanderte		.	- 71	- 157	- 69	- 251	- 49	+ 132	...	...
*Umzüge innerhalb des Landes <sup>6)</sup>		11 614	10 766	12 246	12 887	9 774	8 523	12 239	...	...
Wanderungsfälle <sup>6)</sup>										
insgesamt										
absolut		31 221	24 170	26 750	25 468	22 362	21 042	27 299	...	...
je 1000 Einw. und 1 Jahr <sup>7)</sup>		200	183	198	202	164	157	204	...	...
darunter										
Umsiedler		6 329 <sup>b</sup>	3 513	2 802	3 786	2 191	1 906	2 510	p 2881	p 1409
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	2 435	1 665	2 841	1 254	1 044	1 849	p 2075	p 749
Baden-Württemberg		2 602	514	444	316	397	123	172	p 229	p 113
Rheinland-Pfalz		2 928	80	144	81	94	58	41	p 33	p 26
Hessen		238	60	36	43	43	40	32	p 28	p 22
Hamburg		41	405	491	476	387	637	411	p 494	p 480
Bremen		9	19	22	29	16	4	5	p 22	p 19
<b>Arbeitslose</b>										
*Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>8)</sup>	1000	624 <sup>+</sup>	s 653 <sup>+</sup>	.	.	s 642	716	.	.	.
darunter										
*Männer	1000	429 <sup>+</sup>	s 446 <sup>+</sup>	.	.	s 437	489	.	.	.
*Arbeitslose										
insgesamt										
absolut	1000	210	104	78	95	113	57	62	70	109
je 100 Arbeitnehmer		25,2	13,7	10,3	12,5	15,0	7,4	8,0	9,1	14,1
darunter										
*Männer	1000	146	70	47	62	75	30	33	40	73
Vertriebene	1000	119 <sup>c</sup>	43	32	38	45	22	.	.	40
Dauerarbeitslose <sup>9)</sup>	1000	.	.	.	.	.	.	.	.	.

\*) Die mit einem vorangestellten Stern (\*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht.

1) Vertriebene sind Personen, die am 1. September 1939 in den (zur Zeit) unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand vom 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte 9) über 52 Wochen in der Alfu Unterstützte  
a) am 13.9.1950 (Volkzählung) b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte



noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950		1954			1955			
		Mts.- bzw. Vj.-+ Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>										
<b>Viehbestand</b>										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 <sup>d</sup>	.	.	.	1 061	.	.	.	p 1039
darunter										
*Milchkühe	1000	458 <sup>d</sup>	.	.	.	451	.	.	.	p 429
*Schweine	1000	1 031 <sup>d</sup>	.	.	.	1 196	1 201	.	.	p 1182
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 <sup>d</sup>	.	.	.	118	117	.	.	p 110
darunter										
*trächtig	1000	68 <sup>d</sup>	.	.	.	73	68	.	.	p 67
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	12	21	18	12	13	20	16	...
*Kälber	1000 St	14	11	15	17	15	4	11	12	...
*Schweine	1000 St	45	62	49	88	103	58	65	92	...
darunter										
*Hausschlachtungen <sup>10)</sup>	1000 St	35 <sup>e</sup>	32 <sup>f</sup>	5	35	52	1	6	34	...
*Gesamtschlachtgewicht (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5	8	10	10	8	9	10	9	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	2	3	5	4	3	3	4	3	...
*Schweine	1000 t	3	4	4	5	5	5	5	5	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	229	240	233	224	215	218	233	...
*Kälber	kg	26	35	31	30	33	52	33	30	...
*Schweine	kg	98	95	98	95	92	93	92	91	...
<b>Milcherzeugung</b>										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	137	92	90	104	105	92	93	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,0	6,6	6,7	7,4	8,0	6,8	7,1	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86,3 <sup>g</sup>	86,5 <sup>g</sup>	84,9	82,4	81,3	86,8	83,8	81,8	...
<b>INDUSTRIE <sup>11)</sup></b>										
*Beschäftigte	1000	109	136	142	141	137	154	156	155	...
darunter										
*Arbeiter <sup>12)</sup>	1000	91	114	120	119	114	130	131	131	...
*Geleistete Arbeiterstunden <sup>13)</sup>	1000	18 055	22 553	24 655	24 065	24 043	26 514	26 485	26 870	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	35,3	36,9	37,9	42,7	43,6	42,0	43,7	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM <sup>14)</sup>	5,6	9,8	9,8	10,2	13,2	11,2	11,5	11,7	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE <sup>14)</sup>	81	78	93	91	89	75	91	94	...
Gasverbrauch	1000 Nm <sup>3</sup>	.	8 468	9 406	9 335	9 319	10 616	11 670	11 488	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	13	18	18	17	22	23	22	...
*Stromerzeugung	Mio kWh	11	16	19	19	16	17	21	22	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	31	58	56	56	60	66	66	...
*Umsatz <sup>15)</sup>	Mio DM	201	312	324	307	367	381	388	385	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	46	48	29	87	44	52	40	...
<b>Index der industriellen Produktion</b>										
Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau)	1936=100	108	151	160	164	156	177	176	186	...
darunter										
Erdölgewinnung u. Mineralölverarb.		315	840	907	946	891	1 082	951	1 159	...
Industrie der Steine und Erden		119	164	210	180	170	253	244	232	...
Eisenschaffende Industrie		100	125	138	159	135	139	140	147	...
NE-Metalle		70	108	109	119	119	114	111	123	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		79	58	52	48	39	71	59	57	...
Papier- und Pappeerzeugung		122	282	295	302	257	350	360	347	...
Gummiverarbeitung		104	135	128	121	121	186	150	132	...
Schiffbau		54	98	96	94	97	110	115	123	...
Maschinenbau		109	177	173	185	191	200	199	218	...
Fahrzeugbau		158	185	108	133	136	129	90	143	...
Elektroindustrie		436	728	778	912	885	978	1 052	1 065	...
Feinmechan. u. optische Industrie		88	204	227	216	212	258	248	259	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		107	146	156	163	138	157	157	158	...
Ledererzeugende Industrie		52	45	47	50	47	55	52	60	...
Schuhindustrie		443	716	783	756	774	799	791	870	...
Textilindustrie		126	122	152	156	129	148	131	141	...
Bekleidungsindustrie		366	463	524	507	369	571	500	482	...
Fleischwarenindustrie		49	86	92	103	93	102	110	118	...
Fischverarbeitende Industrie		56	93	138	124	98	134	115	113	...
Milchverwertung		140	161	92	92	105	103	86	94	...
Tabakverarbeitende Industrie		4 440	4 061	3 637	4 486	3 838	6 579	5 725	6 174	...
<b>ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG</b>										
*Stromerzeugung (brutto) d. öfftl. Kraftwerke	Mio kWh	66	95	112	103	112	92	100	103	...
*Stromverbrauch <sup>16)</sup>	Mio kWh	70	100	113	113	123	109	118	119	...
*Gaserzeugung (brutto) d. öfftl. Werke <sup>17)</sup>	Mio cbm	11	15	15	15	16	16	16	16	...

10) Gewerbliche Schlachtungen 11) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 12) einschl. gewerbl. Lehrlinge 13) einschl. Lehrlingsstunden 14) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts oder ballastreiche Steinkohle; = 3 t Rohbraunkohle 15) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 16) einschl. Verluste 17) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases d) Dezember 1950 e) Durchschnitt Oktober - Dezember 1950 und Januar - März 1951 f) Durchschnitt Oktober - Dezember 1954 und Januar - März 1955 g) Jahresdurchschnitt



noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1954			1955				
		Mts.- bzw. Vj.- Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
<b>BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN</b>										
<b>Bauhauptgewerbe <sup>18)</sup></b>										
*Beschäftigte		23 201	32 235	41 629	38 076	30 932	43 926	44 432	42 372	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	4 231	5 833	7 964	7 139	6 063	8 422	8 474	7 882	...
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	1 876	2 248	2 830	2 573	2 277	3 154	3 384	3 279	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	5,5	10,4	14,2	12,8	11,7	17,0	17,1	15,9	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,4	0,7	0,7	0,7	1,0	0,9	0,9	0,9	...
*Umsatz	Mio DM	14,9	28,5	37,9	35,5	38,6	52,0	50,5	45,5	...
<b>Baugenehmigungen <sup>19)</sup></b>										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		726	874	1 001	1 067	775	1 154	883	997	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	355	407	396	262	393	372	332	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	30,5	31,7	57,2	31,5	45,6	32,7	39,8	...
darunter										
für Wohngebäude	Mio DM	16,9	21,8	23,3	32,5	21,4	36,1	25,1	31,8	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	744	764	1 196	712	1 006	755	857	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	497	530	695	483	738	526	642	...
*Wohnungen (Normal- u. Notwohnungen)		2 306	1 735	1 879	2 419	1 776	2 460	1 787	2 257	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 622	1 660	2 247	1 552	2 256	1 610	2 044	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen <sup>20)</sup>		1 478	1 661	2 236	2 171	5 629	1 570	2 662	1 908	...
Wohnräume <sup>21)</sup>		4 926	5 823	8 080	7 776	19 901	5 733	10 010	6 949	...
<b>HANDEL</b>										
<b>Index der Einzelhandelsumsätze</b>										
*insgesamt	1950=100	100	120	119	118	187	121	127	131	...
davon										
*Nahrungs- und Genussmittel		100	113	113	110	152	118	116	115	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		100	110	111	117	215	88	114	130	...
*Hausrat und Wohnbedarf		100	135	138	143	236	144	157	164	...
*Sonstiger Einzelhandel		100	146	141	138	227	161	159	165	...
<b>Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost</b>										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 VE <sup>22)</sup>	824	218	80	78	154	233	363	356	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 VE <sup>22)</sup>	1 309	905	2 002	1 255	1 685	1 289	2 243	2 651	...
<b>Handel mit West-Berlin</b>										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	2 971	3 519	2 706	3 682	4 697	8 179	5 293	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	15 858	20 836	17 164	17 519	18 523	25 234	29 071	...
<b>Ausfuhr nach Warengruppen <sup>23)</sup></b>										
*insgesamt	Mio DM	7,2	42,5	54,8	33,6	51,2	41,2	50,8	49,8	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	2,8	2,6	3,8	3,5	2,9	3,6	4,9	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	39,6	52,2	29,8	47,6	38,3	47,3	44,9	...
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,1	1,2	1,2	1,5	1,6	1,8	1,7	...
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,0	3,5	4,8	4,7	3,9	3,6	3,9	...
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	34,5	47,5	23,8	41,5	32,8	41,9	39,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,2	1,9	2,1	3,0	3,3	2,6	3,3	...
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	32,4	45,5	21,7	38,5	29,5	39,3	36,0	...
<b>*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern</b>										
Schweden	Mio DM	0,6	3,7	2,2	4,2	3,9	2,6	2,5	8,0	...
UdSSR	Mio DM	-	0,1	-	0,0	-	7,5	15,9	7,5	...
Israel	Mio DM	0,0	0,9	0,6	0,1	1,5	0,1	1,4	7,2	...
Niederlande	Mio DM	0,6	2,2	1,8	2,9	3,4	1,6	2,6	2,7	...
Dänemark	Mio DM	0,8	2,0	1,4	1,9	2,8	6,5	2,1	2,2	...
Schweiz	Mio DM	0,3	1,3	1,5	1,4	1,5	1,6	1,5	2,1	...
Vereinigte Staaten von Amerika	Mio DM	0,3	1,9	1,9	1,8	2,2	1,6	2,0	2,0	...
Großbritannien	Mio DM	0,1	2,1	3,2	5,9	0,6	1,2	4,0	1,4	...
<b>VERKEHR</b>										
<b>Seeschifffahrt</b>										
Güterempfang	1000 t	141	244	317	236	226	435	385	...	...
Güterversand	1000 t	86	122	188	193	167	96	112	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1000 t	.	85	123	134	87	119	129	118	...
*Güterversand	1000 t	.	147	213	186	158	202	209	190	...
<b>Nord-Ostsee-Kanal</b>										
<b>Schiffverkehr</b>										
Schiffe		3 939	4 724	5 546	4 919	4 621	6 176	5 776	5 353	...
darunter										
deutsche	%	64,0	62,1	62,7	62,1	58,7	62,1	62,4	60,6	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 145	2 434	2 374	2 611	2 881	2 834	2 837	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	27,3	29,2	28,0	24,9	30,6	30,5	33,7	...

18) nach den Ergebnissen der monatlichen Bauberichterstattung (Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten). Ab Oktober 1955 neuer Berichtsfirmenkreis, der bis Oktober 1956 konstant bleibt. Infolge dieser Änderung sind die Ergebnisse des neuen Firmenkreises mit denen des alten Firmenkreises nur bedingt vergleichbar 19) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 20) 1950: Normal- und Notbau; 1954-1955: Normalbau 21) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 22) VE = Verrechnungseinheiten 23) ab September 1955 - vorläufige Ergebnisse



noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950		1954			1955			
		Mts.- bzw. Vj.-+ Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: VERKEHR										
noch: Nord-Ostsee-Kanal										
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 284	4 134	3 814	4 158	4 445	4 494	4 231	...
darunter										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	29,6	31,6	28,8	29,4	32,6	32,3	34,0	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 660	2 101	1 966	2 260	1 875	1 877	1 907	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 624	2 034	1 848	1 897	2 570	2 617	2 324	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	2 407	2 054	1 687	1 690	2 484	2 327	2 045	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	822	400	267	227	474	309	155	...
*Personenkraftwagen		398	939	894	864	939	1 255	1 162	1 277	...
*Kombinationskraftwagen		.	73	75	57	66	81	121	83	...
*Lastkraftwagen		247	227	240	234	238	273	293	303	...
Strassenverkehrsunfälle <sup>24)</sup>										
*Unfälle insgesamt		826	1 494	1 829	1 510	1 652	2 057	2 022	1 781	1 744
davon										
*nur mit Personenschaden		417	734	135	115	122	155	149	121	85
mit Personen- und Sachschaden		409	761	914	824	939	986	1 025	904	1 072
nur mit Sachschaden		17	30	33	30	45	42	48	37	26
*Getötete Personen <sup>25)</sup>		493	897	1 070	841	837	1 290	1 182	1 037	822
*Verletzte Personen										
Fremdenverkehr										
*Fremdenneumeldungen <sup>26)</sup>	1000	61 <sup>h</sup>	103 <sup>h</sup>	46	37	29	90	60	...	...
darunter										
*von Ausländern	1000	3 <sup>h</sup>	17 <sup>h</sup>	5	3	3	15	8	...	...
*Fremdenübernachtungen <sup>26)</sup>	1000	377 <sup>h</sup>	674 <sup>h</sup>	155	120	96	458	190	...	...
darunter										
*von Ausländern	1000	8 <sup>h</sup>	40 <sup>h</sup>	8	6	6	28	12	...	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) <sup>27)</sup>										
*Kredite an Nichtbanken	Mio DM	565	1 559	1 659	1 675	1 721	2 125	2 145	2 162	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	405	698	717	713	723	861	857	848	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	389	687	708	706	715	854	851	843	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	161	861	943	963	998	1 265	1 288	1 314	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	144	756	828	841	874	1 096	1 116	1 133	...
*Sicht- und befristete Einlagen von Nichtbanken <sup>27)</sup>	Mio DM	397	997	1 048	1 076	1 111	1 204	1 230	1 242	...
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	216	396	420	430	436	497	510	502	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	X	X	479	485	507	585	592	597	...
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	X	X	332	335	345	397	401	403	410
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	37	37	30	67	30	31	...	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	23	23	25	44	22	23	...	...
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	20	22	23	16	16	15	15	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	4	6	5	3	3	5	3	...
Wechselproteste	Anzahl	682	1 239	1 193	1 340	1 256	1 209	1 405	...	...
	Wert	517	620	645	656	691	589	735	...	...
OFFENTLICHE FÜRSORGE										
*Laufend Unterstützte in der offenen Fürsorge										
*Parteien	1000	58 <sup>i</sup>	48 <sup>i</sup>	.	.	48 <sup>j</sup>	42 <sup>k</sup>	.	.	.
Personen										
*absolut	1000	94 <sup>i</sup>	72 <sup>i</sup>	.	.	71 <sup>j</sup>	62 <sup>k</sup>	.	.	.
*je 1000 Einwohner		36,1 <sup>i</sup>	31,1 <sup>i</sup>	.	.	30,9 <sup>j</sup>	27,0 <sup>k</sup>	.	.	.
Aufwend <sup>28)</sup>										
insgesamt										
*absolut	1000 DM	15 499 <sup>+</sup>	19 266 <sup>+</sup>	.	.	20 014 <sup>m</sup>	15 957 <sup>n</sup>	.	.	.
*je Einwohner	DM	6,02 <sup>+</sup>	8,33 <sup>+</sup>	.	.	8,67 <sup>m</sup>	6,98 <sup>n</sup>	.	.	.
darunter für										
Offene Fürsorge										
*Laufende Unterstützung	1000 DM	7 388 <sup>+</sup>	8 006 <sup>+</sup>	.	.	8 204 <sup>m</sup>	6 770 <sup>n</sup>	.	.	.
Einmalige Unterstützung	1000 DM	4 082 <sup>+</sup>	3 215 <sup>+</sup>	.	.	3 705 <sup>m</sup>	1 507 <sup>n</sup>	.	.	.
*Geschlossene Fürsorge	1000 DM	3 900 <sup>+</sup>	7 129 <sup>+</sup>	.	.	7 210 <sup>m</sup>	6 821 <sup>n</sup>	.	.	.

24) Monatsangaben 1955 = vorläufige Zahlen 25) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) 1955 vorläufige Zahlen 27) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 28) einschl. Sonderleistungen h) Durchschnitt Sommerhalbjahr i) aus 5 Stichtagen j) Stand: 31.12.1954 k) Stand: 30.9.1955 m) 3. Rechnungsvierteljahr 1954 n) 2. Rechnungsvierteljahr 1955



noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950		1954			1955			
		Mts.- Durchschnitt	bsw.Vj.- Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>STEUERN <sup>29)</sup></b>										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	53 722	58 892	55 220	54 525	64 898	76 306	64 852	72 644
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichssteuer	1000 DM	14 580	23 858	27 066	25 027	23 960	25 981	31 935	26 583	27 248
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	634	715	661	623	833	901	735	674
*Zölle	1000 DM	1 381	4 615	5 381	4 696	5 092	5 125	5 954	5 875	6 239
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	22 231	24 012	23 384	21 159	28 938	35 452	29 758	35 676
darunter										
*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	14 266	15 057	15 175	13 032	18 436	23 311	21 485	21 520
*Notopfer Berlin <sup>30)</sup>	1000 DM	951	2 384	1 718	1 451	3 690	4 021	2 064	1 901	4 807
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben <sup>31)</sup>	1000 DM	5 569	7 491	4 679	13 057	5 169	3 726	7 931	17 893	...
*Kohlenabgabe	1000 DM	-	-	-	-	-	-	-	-	-
*Landessteuern <sup>32)</sup>	1000 DM	14 273	30 523	27 384	19 088	48 172	42 433	21 872	21 812	49 408
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	8 955	13 330	9 501	9 696	10 577	11 998	10 334	11 855
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	12 413	5 184	4 145	25 556	19 853	4 133	3 528	22 732
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	288	85	75	602	455	157	164	603
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	4 546	4 800	506	8 226	6 559	538	1 343	9 184
*Vermögenssteuer	1000 DM	268	918	444	1 608	759	758	887	2 531	727
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	1 916	1 968	1 783	1 946	2 391	2 256	2 312	2 498
*Biersteuer	1000 DM	248	228	277	243	199	425	431	287	232
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 <sup>+</sup>	41 121 <sup>+</sup>	.	39 893 <sup>q</sup>	.	.	40 723 <sup>q</sup>	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 <sup>+</sup>	6 517 <sup>+</sup>	.	6 602 <sup>q</sup>	.	.	6 714 <sup>q</sup>	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 <sup>+</sup>	10 671 <sup>+</sup>	.	10 721 <sup>q</sup>	.	.	10 910 <sup>q</sup>	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital	1000 DM	9 066 <sup>+</sup>	21 001 <sup>+</sup>	.	19 631 <sup>q</sup>	.	.	20 069 <sup>q</sup>	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 <sup>+</sup>	2 933 <sup>+</sup>	.	2 939 <sup>q</sup>	.	.	3 030 <sup>q</sup>	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 <sup>+</sup>	4 352 <sup>+</sup>	.	4 666 <sup>q</sup>	.	.	4 623 <sup>q</sup>	.	.
<b>PREISE</b>										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	103	103	104	104	103	104	p 105	...
Grundstoffpreise	1938=100	207	252	255	254	255	265	265	265	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	100	116	117	117	117	119	119	119	...
landwirtschaftlicher Produkte	1949/50=100	100	108	110	109	109	112	p 115	p 116	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	229	.	235	.	.	.	.	.
Verbraucherpreise für sächliche Betriebsmittel der Landwirtschaft	1938=100	162	208	.	210	.	.	.	218	.
Einzelhandelspreise	1950=100	100	104	104	104	104	104	104	105	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>33)</sup>	1950=100	100	108	109	110	110	110 <sup>t</sup>	111	112	...
darunter										
Ernährung		100	114	115	116	116	115 <sup>t</sup>	116	118	...
Wohnung		100	107	107	107	107	108 <sup>t</sup>	r 116	116	...
Heizung und Beleuchtung		100	127	129	129	129	130	130	131	...
Bekleidung		100	97	96	96	96	97	97	97	...
Hausrat		100	102	102	102	102	103	103	103	...
<b>LOHNE DER INDUSTRIEARBEITER <sup>34)</sup></b>										
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste										
*Männer	DM	64,16 <sup>+</sup>	89,74 <sup>+</sup>	.	90,52	.	.	.	.	.
darunter										
*Facharbeiter	DM	68,90 <sup>+</sup>	96,98 <sup>+</sup>	.	98,09	.	.	.	.	.
*Frauen	DM	37,09 <sup>+</sup>	50,72 <sup>+</sup>	.	52,04	.	.	.	.	.
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste										
*Männer	Pf	130,4 <sup>+</sup>	176,7 <sup>+</sup>	.	172,9	.	.	.	.	.
darunter										
*Facharbeiter	Pf	139,8 <sup>+</sup>	189,6 <sup>+</sup>	.	194,1	.	.	.	.	.
*Frauen	Pf	80,8 <sup>+</sup>	107,1 <sup>+</sup>	.	109,2	.	.	.	.	.
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit										
*Männer	Std	49,2 <sup>+</sup>	50,8 <sup>+</sup>	.	50,3	.	.	.	.	.
*Frauen	Std	45,9 <sup>+</sup>	47,4 <sup>+</sup>	.	47,7	.	.	.	.	.

29) Rechnungsjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) ohne Hypothekengewinnabgaben, 1950 nur Soforthilfe-Abgaben  
 32) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an den Einkommensteuern 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 34) Effektivverdienste  
 q) 1. 7. - 30.9. t) ohne die im September 1955 teilweise bereits vorgenommenen Mieterhöhungen



b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>							
Bevölkerung insgesamt	JD	1 000	2 611	2 521	2 458	2 385	2 325
darunter 2)							
Vertriebene	JD	1 000	912	839	754	699	653
absolut			34,9	33,3	30,7	29,3	28,1
in % der Bevölkerung							
Zugewanderte 3)	JD	1 000	104	101	131	131	132
absolut			4,0	4,0	5,3	5,5	5,7
in % der Bevölkerung							
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1 000	+ 17	+ 13	+ 11	+ 10	+ 7
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108	- 84	- 73	- 90	- 49
Umsiedler	JS		98 601 <sup>a</sup>	45 186	52 279	81 088	42 155
Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>4)</sup>	30.9.	1 000	650	633	653	667	683
darunter in den Wirtschaftsbereichen							
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1 000	104	97	95	92	88
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1 000	260	249	264	279	294
Handel und Verkehr	30.9.	1 000	121	123	130	134	140
Arbeitslose							
insgesamt	30.9.	1 000	178	157	119	90	75
absolut							
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9
darunter							
Dauerarbeitslose <sup>5)</sup>	30.9.	1 000	58	72	58	44	35 <sup>b</sup>
<b>UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR</b>							
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen 6) 7)							
absolut	1.5.	1 000	467	436	407	384	359
je 1 000 Einwohner			177	172	165	160	154
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>							
Anbau <sup>8)</sup> von							
Getreide (einschl. Körnermais)	1 000 ha		347	345	368	373	392
darunter							
Brotgetreide	1 000 ha		166	152	176	179	210
Kartoffeln	1 000 ha		72	65	61	61	56
Zuckerrüben zur Rübenzuckerherstellung	1 000 ha		8	10	11	11	14
Gemüse 9)	1 000 ha		10	7	9	10	8
darunter							
Kopfkohl	1 000 ha		6	4	5	5	3
Ernte von							
Getreide (ohne Körnermais)	JS	1 000 t	784	875	1 037	1 032	1 020
darunter							
Brotgetreide	JS	1 000 t	373	384	503	489	548
Kartoffeln	JS	1 000 t	1 562	1 344	1 448	1 381	1 326
Zuckerrüben	JS	1 000 t	231	283	299	364	344
Gemüse	JS	1 000 t	304	208	250	300	166
darunter							
Kopfkohl	JS	1 000 t	243	161	194	222	115
Viehbestand							
Pferde	3.12.	1 000	167	148	134	122	107
Rinder	3.12.	1 000	999	994	1 045	1 053	1 061
darunter							
Milchkühe	3.12.	1 000	458	454	453	462	451
Schweine	3.12.	1 000	1 031	1 122	1 122	1 036	1 196
Schafe	3.12.	1 000	129	130	129	123	114
Hühner 10)	3.12.	1 000	3 827	3 679	3 570	3 791	3 716
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung <sup>11)</sup>							
Rinder	WJ	1 000	174	199	207	246	p 252
Schweine	WJ	1 000	945	1 248	1 276	1 222	p 1 370
Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 607	1 544	1 673	1 648
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 546	3 468	3 712	3 634
<b>INDUSTRIE<sup>12)</sup></b>							
Beschäftigte							
absolut	JD	1 000	109	115	119	126	136
je 1 000 Einwohner			41,7	45,7	48,2	52,7	58,4
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117
Umsatz 13)	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747
darunter							
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551
Index der industriellen Produktion	JD	1936=100	108	123	127	136	151
je Einwohner berechnet	JD	1936=100	60	71	75	84	95
<b>BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN</b>							
Baugenehmigungen 14)							
Wohnungen (Normal- und Notwohnungen)	JS		27 669	19 752	21 029	22 553	21 824
Baufertigstellungen							
Wohnungen 15)							
absolut	JS	1 000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1

Fußnoten siehe nächste Seite



noch: b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954
noch: BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN							
noch: Baufertigstellungen							
Wohnräume 16)							
absolut	JS	1 000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3
Bestand an							
Wohnungen 17)	31.12.	1 000	461,4	483,2	500,6	520,2	539,0
Wohnräumen 16)	31.12.	1 000	1 853,1	1 928,6	1 987,4	2 054,7	2 122,2
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt	JD	1950=100	100	107	110	117	120
Ausfuhr nach Warengruppen							
absolut							
insgesamt	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5
davon Güter der							
Ernährungswirtschaft	JS	Mio DM	8,9	37,7	31,2	32,4	34,2
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mio DM	78,0	194,9	283,0	342,2	475,3
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterempfang	JS	1 000 t	1 689	2 290	2 559	2 714	p2 932
Güterversand	JS	1 000 t	1 033	1 022	1 040	1 058	p1 460
Binnenschifffahrt 18)							
Güterempfang	JS	1 000 t	.	.	.	.	1 016
Güterversand	JS	1 000 t	.	.	.	.	1 767
Nord-Ostsee-Kanal							
Schiffsverkehr							
Schiffe	JS		47 271	52 612	56 267	54 993	56 687
darunter							
deutsche	JS	%	64,0	64,3	64,0	63,1	62,1
Raumgehalt	JS	1 000 NRT	17 771	20 886	22 708	22 498	25 745
darunter							
deutscher Anteil	JS	%	23,3	26,1	28,9	29,1	27,3
Güterverkehr							
Gesamtverkehr	JS	1 000 t	29 907	32 429	32 948	32 897	39 412
darunter							
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	25,7	31,7	31,8	29,6
Richtung West-Ost	JS	1 000 t	13 461	15 313	16 722	15 871	19 922
Richtung Ost-West	JS	1 000 t	16 446	17 116	16 225	17 026	19 491
Kraftfahrzeugbestand							
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1 000	66 <sup>c</sup>	88 <sup>a</sup>	112	139	167
darunter							
Krafträder	1.7.	1 000	22 <sup>c</sup>	31 <sup>c</sup>	41	52	63
Pkw	1.7.	1 000	20 <sup>c</sup>	27 <sup>c</sup>	34	42	54
Lkw	1.7.	1 000	16 <sup>c</sup>	19 <sup>c</sup>	23	26	28
Fremdenverkehr 19)							
Fremdenneumeldungen	JS	1 000	538	627	722	805	840
darunter							
von Ausländern	JS	1 000	28	45	71	96	122
Fremdenübernachtungen	JS	1 000	2 686	3 360	3 957	4 478	4 744
darunter							
von Ausländern	JS	1 000	63	103	156	214	279
Übernachtungen in Kinderheimen	JS	1 000	1 533	1 959	2 203	2 347	2 385
GELD UND KREDIT							
Spareinlagen							
absolut	31.12.	Mio DM	131	154	223	337	507
je Einwohner	31.12.	DM	51	62	92	144	220
STEUERN							
Bundessteuern							
absolut	Rj. (JS)	Mio DM	536	617	682	647	645
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277
Landessteuern 20)							
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158
Gemeindesteuern							
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	182
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	78

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj = Rechnungsjahr, WJ = Wirtschaftsjahr 2) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952 wie Anmerkung 1, Tab. a 3) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) über 52 Wochen in der Alfu Unterstützte 6) Stand 1950 - 1952: 15,5. 7) ohne Minderheitsschulen 8) sofern nicht anders vermerkt, nach den Bodenbenutzungshebungen 9) nach den Erhebungen über den endgültigen Gemüseanbau 10) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 11) gewerbli. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietl. Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 12) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 13) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 14) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 15) 1950/51: Normal- und Notbau, 1952/54: Normalbau 16) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 17) Normalwohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, ohne beschlagnahmte Wohnungen 18) 1950 - 1953 nicht vollständig erfaßt 19) 1. 4. bis 31. 3. des folgenden Jahres 20) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils a) einschl. Einzelumsiedler und Anrechnungsfälle aus dem Jahr 1949 b) Stand: 31.8. c) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge; der Gesamtbestand, also einschl. der stillliegenden, wurde in diesen beiden Jahren nicht gezählt



c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung am 31.10.1955						Industrie <sup>3)</sup>		Kraftfahrzeugbestand am 1.7.1955			Schlüsselzuweisungen <sup>5)</sup> an Kreise und Gemeinden im Rj. 1955 in 1000 DM	
	insgesamt	darunter				Veränderung in % gegenüber Volkszählg.		Beschäftigte am 30.11. 1955	Umsatz in Mio DM im Nov. 1955	Kraft-räder	Pkw		Lkw
		Vertriebene 1)		Zugewanderte 2)		1939	1950						
		abs.	in %	abs.	in %								
Flensburg	94 430	21 571	22,8	6 036	6,4	+ 33,2	- 8,2	7 286	13 699	1 538	2 748	1 137	1 188
Kiel	257 192	48 919	19,0	15 209	5,9	- 6,0	+ 1,1	31 724	60 614	5 065	7 978	4 004	3 798
Lübeck	228 872	68 089	29,7	19 053	8,3	+ 47,8	- 3,9	31 559	61 545	4 009	6 157	2 893	2 586
Neumünster	72 397	19 091	26,4	4 084	5,6	+ 33,8	- 1,5	11 510	19 876	1 532	2 101	986	401
Eckernförde	68 630	21 800	31,8	3 678	5,4	+ 60,4	- 20,8	1 539	2 492	2 411	1 859	793	1 681
Eiderstedt	20 515	3 941	19,2	1 151	5,6	+ 35,5	- 21,6	350	1 291	911	640	200	197
Eutin	90 644	30 738	33,9	7 206	7,9	+ 76,0	- 15,4	3 603	12 075	2 672	2 445	1 060	1 721
Flensburg-Land	62 790	15 335	24,4	2 517	4,0	+ 40,6	- 20,4	888	1 674	2 636	2 097	670	1 759
Hsgt. Lauenburg	131 855	45 294	34,4	11 223	8,5	+ 81,1	- 12,2	8 322	15 095	5 312	3 351	1 319	2 389
Husum	63 576	12 030	18,9	2 334	3,7	+ 33,9	- 19,0	739	1 671	2 369	1 936	747	1 106
Norderdithmarschen	61 394	15 938	26,0	2 860	4,7	+ 38,4	- 20,8	961	1 811	1 921	2 073	828	853
Oldenburg/Holstein	82 476	24 876	30,2	5 213	6,3	+ 55,8	- 17,2	1 175	10 082	3 125	2 483	838	964
Pinneberg	191 158	59 275	31,0	9 233	4,8	+ 71,6	- 4,4	17 289	47 144	5 609	4 807	2 473	1 983
Plön	108 206	29 563	27,3	5 918	5,5	+ 60,5	- 12,9	1 636	4 788	3 828	2 681	1 247	1 834
Rendsburg	157 076	43 796	27,9	7 407	4,7	+ 58,1	- 15,2	9 061	17 016	5 127	4 196	1 916	2 585
Schleswig	101 770	24 329	23,9	4 777	4,7	+ 31,2	- 20,4	3 726	19 564	3 360	3 300	1 192	1 815
Segeberg	92 995	28 999	31,2	5 363	5,8	+ 73,1	- 16,5	4 346	10 614	4 672	3 029	1 392	1 523
Steinburg	126 202	37 600	29,8	5 742	4,5	+ 46,5	- 19,1	8 807	25 839	4 497	3 216	1 440	1 441
Stormarn	133 724	43 191	32,3	7 944	5,9	+ 97,0	- 8,7	5 416	39 269	4 059	3 051	1 397	2 070
Süderdithmarschen	76 346	19 112	25,0	2 950	3,9	+ 41,4	- 22,3	4 242	17 501	2 771	2 404	622	983
Südtondern	59 353	11 206	18,9	3 239	5,5	+ 28,3	- 17,4	961	1 430	2 243	1 809	724	1 402
Schleswig-Holstein	2 281 601	624 693	27,4	133 137	5,8	+ 43,6	- 12,1	155 140	385 089	69 667	64 341	27 878	34 278

Kreisfreie Städte und Landkreise	Einnahmen an Gemeindesteuern im 1. Rechnungshalbjahr 1955					Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 3. Vierteljahr 1955					Baufertigstellungen vom 1.1.1955 bis 30.9.1955	
	insgesamt in 1 000 DM	darunter				Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden		Wohnungen		Normalwoh-nungen	Normalwoh-nräume <sup>6)</sup>
		Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme					insgesamt	darunter für Wohngebäude	insgesamt	darunter in ganzen Wohngebäuden		
		abs. in 1 000 DM	je Einwohner		Veränderung in % gegenüber 1.Rh.j.1954							
	abs. in DM	abs.	in %		1000 DM	1000 cbm						
Flensburg	4 280	2 573	26,99	+ 9	3 540	2 194	61	40	156	147	295	1 248
Kiel	14 299	9 619	37,29	+ 12	20 272	17 233	407	346	1 270	1 158	1 178	3 822
Lübeck	13 336	8 477	36,92	- 5	22 279	17 034	472	345	1 299	1 243	655	2 469
Neumünster	4 081	2 638	36,35	+ 0	2 921	2 567	65	55	157	154	228	856
Eckernförde	1 844	560	7,97	+ 6	2 518	2 156	66	49	173	157	178	685
Eiderstedt	869	219	10,44	+ 2	1 625	1 130	31	21	74	67	47	184
Eutin	3 154	1 251	13,72	+ 1	4 360	3 319	98	70	239	230	258	946
Flensburg-Land	1 616	488	7,64	+ 35	1 818	1 554	49	38	96	93	210	737
Hsgt. Lauenburg	4 204	1 928	14,52	+ 12	5 424	3 867	131	84	277	236	354	1 403
Husum	1 975	648	9,98	+ 9	3 382	2 995	78	63	166	153	266	991
Norderdithmarschen	2 118	762	12,15	+ 11	5 228	3 760	121	75	314	257	163	618
Oldenburg/Holstein	2 621	838	10,01	- 23	4 109	3 687	97	79	289	271	240	866
Pinneberg	7 172	4 072	21,41	+ 9	20 118	16 732	384	310	1 239	1 145	682	2 402
Plön	2 970	930	8,50	+ 15	5 354	4 236	131	88	319	289	280	1 032
Rendsburg	5 284	2 625	16,47	+ 6	8 815	7 242	208	150	458	426	459	1 693
Schleswig	3 155	1 373	13,11	+ 7	2 099	1 083	52	23	92	66	264	934
Segeberg	2 331	837	8,84	- 3	4 400	4 089	108	91	270	252	235	931
Steinburg	4 658	2 459	19,19	+ 10	7 402	6 451	164	130	393	368	411	1 524
Stormarn	4 310	1 969	14,69	+ 27	6 893	5 443	142	113	384	309	491	1 732
Süderdithmarschen	2 376	928	11,90	- 2	2 227	1 704	49	33	117	102	194	604
Südtondern	2 344	990	16,69	+ 39	3 610	2 675	103	70	140	126	383	1 626
Schleswig-Holstein	88 997	46 182	20,05	+ 7	138 394	111 151	3 017	2 273	7 922	7 249	7 471	27 303

1) Vertriebene sind Personen, die am 1. September 1939 in den (zur Zeit) unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand vom 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 4) einschl. Verbrauchsteuern 5) einschl. Grundsteuerausfallentschädigung 6) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

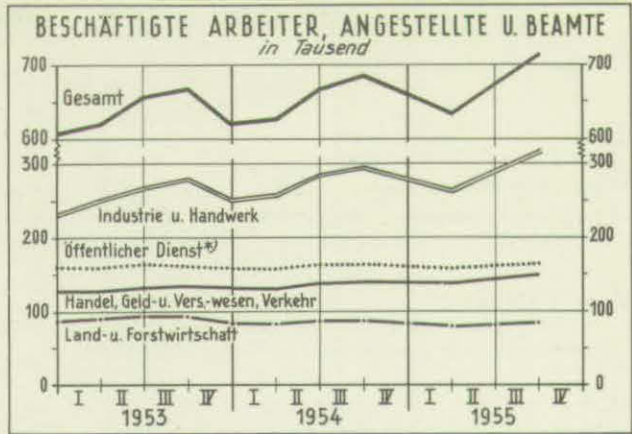
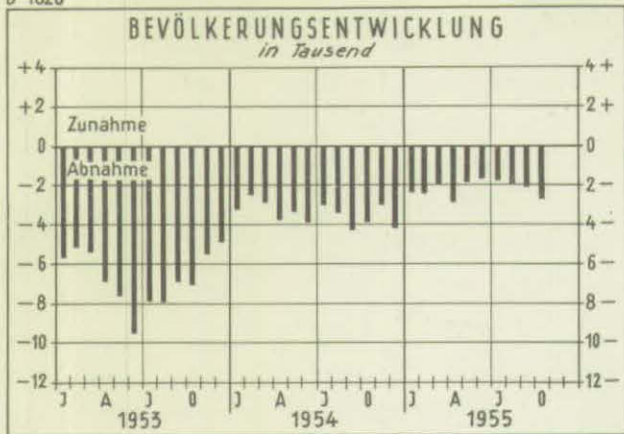




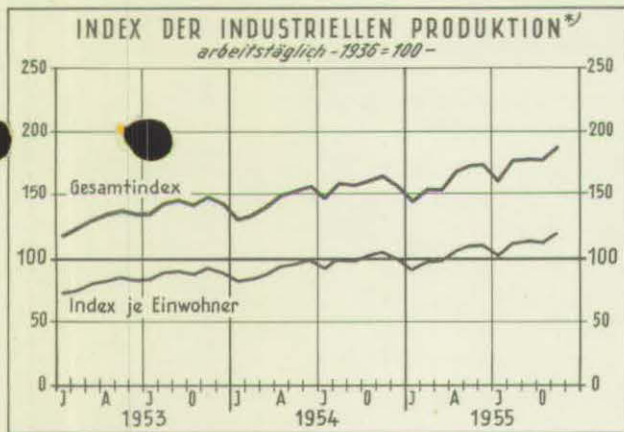


# SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN

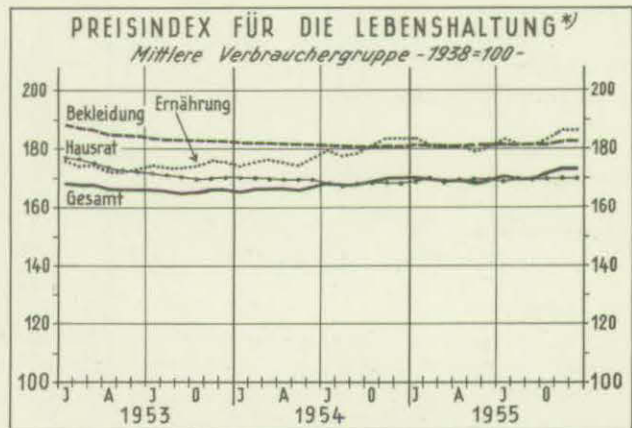
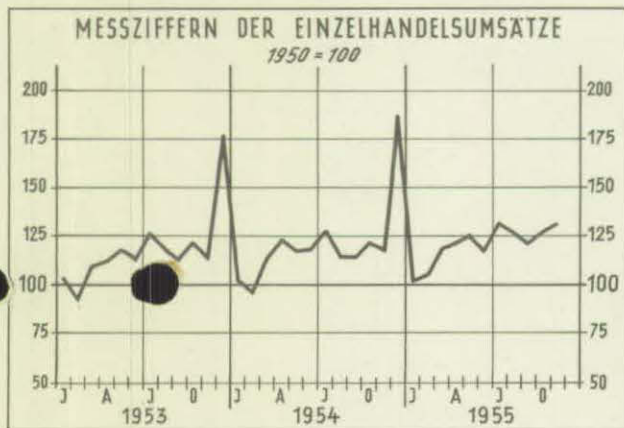
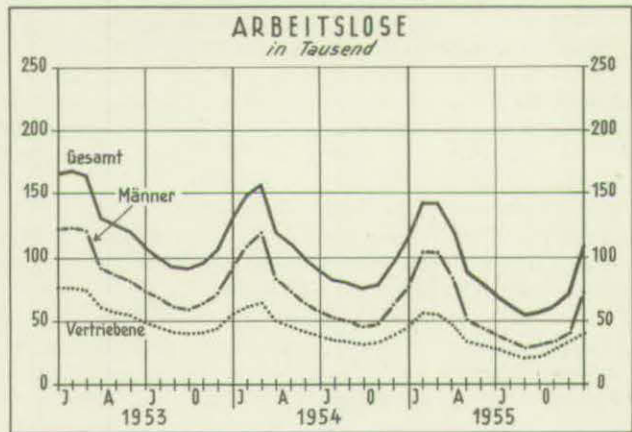
D-1828



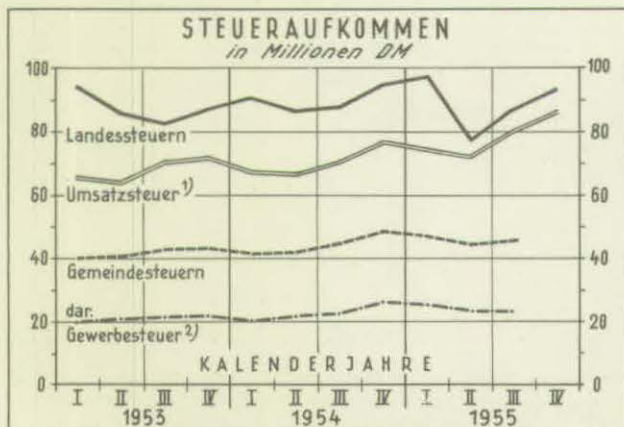
<sup>\*)</sup> einschl. Dienstleistungen im öffentl. Interesse



<sup>\*)</sup> ohne Bauwirtschaft



<sup>\*)</sup> 4 - Personen Arbeitnehmer-Haushaltung



<sup>1)</sup> einschl. Umsatzausgleichsteuer

<sup>2)</sup> nach Ertrag und Kapital und nach Lohnsumme



<sup>1)</sup> von Geschäftsbanken an Wirtschaftsunternehmen und Private

<sup>2)</sup> einschl. durchlaufender Kredite

68



## Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Im Dezember 1955 sind erschienen:

### Sonderdienst:

#### Bevölkerung

Natürliche Bevölkerungsbewegung – September und 3. Vierteljahr 1955 –  
Wanderungsbewegung – September und 3. Vierteljahr 1955 –  
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung – Stand 30. September und im 3. Vierteljahr 1955 –

#### Gesundheitswesen

Neuerkrankungen an den wichtigsten meldepflichtigen Krankheiten – November 1955 –  
Tuberkulose – Fürsorgefälle – 3. Vierteljahr 1955 –

#### Kultur

Allgemeinbildende Schulen (Endgültiges Ergebnis) – Stand 1. Mai 1955 –

#### Preise

Einzelhandelspreise (Landesdurchschnitt) – Stand 15. November 1955 –  
Preisindex für die Lebenshaltung – November 1955 –  
Preise für sächliche Betriebsmittel der Landwirtschaft – Stand 15. November 1955 –  
Erzeuger- und Großhandelspreise für Agrarerzeugnisse – Stand 21. Oktober 1955 –

#### Handel

Einzelhandelsumsätze – Oktober 1955 –  
Schnellbericht zur Einzelhandelsumsatzstatistik – November 1955 –  
Warenverkehr mit den Westsektoren Berlins und Interzonenhandel – Oktober 1955 –  
Aussenhandel (Vorläufiges Ergebnis) – September 1955 –

#### Verkehr

Strassenverkehrsunfälle (Vorläufiges Ergebnis) – November 1955 –  
Fremdenverkehr (Vorläufiges Ergebnis) – Juli, August und September sowie Sommerhalbjahr 1955 –

#### Fürsorge

Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen – 3. Vierteljahr 1955 –

#### Handwerk

Handwerksberichterstattung – 3. Vierteljahr 1955 –

#### Industrie

Industriebericht – Oktober 1955 –

#### Bauwirtschaft

Bauwirtschaftsbericht – Oktober 1955 –

#### Landwirtschaft

Schlepperbestand in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben – Stand 31. Dezember 1954 –  
Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten und Futterpflanzen zur Samengewinnung 1955  
(Nacherhebung zur Bodenbenutzungserhebung 1955)  
Ernte von Hülsenfrüchten und Rohfutter, Erntevorschätzung von Zuckerrüben – Ende Oktober 1955 –  
Rübenerte 1955 und Wachstumsstand der Wintersaaten Ende November 1955  
Ernte 1955, Jahreszusammenstellung mit Vergleichszahlen  
Viehbestände am 2. Dezember 1955 (Vorläufiges Ergebnis)  
Schlachtungen und Fleischanfall – Oktober 1955 –  
Milcherzeugung und -verwendung – Oktober 1955 –  
Vollmilchanlieferungen an die Meiereien, Milchbe- und -verarbeitung – Oktober 1955 –

#### Finanzen

Kommunale Bauinvestitionen – 1. Rechnungsvierteljahr 1955 –  
Hypothekenbewegung – 2. Vierteljahr 1955 –  
Boden- und Kommunalkreditinstitute – 1. Halbjahr 1955 –

#### Bautätigkeit

Eriteilte Baugenehmigungen – 3. Vierteljahr 1955 –

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein – Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahres-  
bezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. – Bestellungen nimmt entgegen: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein  
Kiel, Mecklenburger Str. 54, Fernruf: Kiel 31 671, Hausapp. 371

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.